

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannsch & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanschlüsse: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 404. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. Postung 2.25 Mk., monat. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und bei Zusatzen vierteljährlich 2 Mk., monat. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inserationsgebühren: die 7gepaltene Kolonnette 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restamt 10 Pf. Postkontos: Nr. 5258 Berlin. — Städtiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 225.

Magdeburg, Donnerstag den 25. September 1913.

24. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“.

Der Kampf um die Verfassung.

Nach nicht ganz dreimonatigen Sommerferien trat Anfang voriger Woche das dänische Parlament zu seiner diesjährigen ordentlichen Tagung zusammen. Dieselbe Frage, die die ganze vorige Session hindurch im Vordergrund der politischen Begebenheiten stand, die Aenderung der Verfassung, wird auch in der nun begonnenen Session die erste Stelle einnehmen. Das neue bürgerlich-radikale Ministerium hat die Reformvorlage der zweiten Kammer vorgelegt, und zwar in derselben Gestalt, wie sie von dem früheren liberalen Ministerium Bernitsen ausgearbeitet worden war. Die erste Lesung hat schon im Laufe der verfloffenen Woche stattgefunden; allein die Situation ist genau noch so unklar wie vor einem halben Jahre. Noch immer ist das Schicksal der Vorlage ungewiß, trotzdem das dänische Volk sich unzweideutig für die Verfassungsänderung bei den Wahlen am 20. Mai d. J. ausgesprochen hat.

Dänemark erhielt am 5. Juni 1849 eine recht demokratische Verfassung, errichtet auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und ohne Privilegien für irgendwelche Teile des Volkes. Im Jahre 1866 benutzte der Adel und die Großgrundbesitzer die im Volke durch den verloren gegangenen Krieg von 1864 eingetretene politische Apathie und verschlechterten die Verfassung insofern, als sie ein Privilegienwahlrecht zur ersten Kammer schufen, den Schwerpunkt der Gesetzgebung in diese verlegten und infolgedessen das ganze Parlament in den Dienst ihrer eignen persönlichen Interessen stellten. Mit dem Augenblick, in dem dies geschehen war, entbrannte in Dänemark der Kampf um die Wiederherstellung der alten Verfassung. Seitdem sind bald 50 Jahre verflossen. In dieser Zeit ist es gelungen, die Konservativen, die Verfassungsräuber, aus der Regierung zu verdrängen. Seit 1901 bis zum Juni dieses Jahres waren die Liberalen im Besitz der Regierung, aber an die Verwirklichung ihres Programms, die Wiederherstellung der Verfassung von 1849, dachten sie in ihrer 12jährigen Regierungsperiode nicht. Erst im vorigen Jahre, gedrängt von der öffentlichen Meinung und als Äquivalent für die vielen neuen Steuern, die man dem Volke zugunsten des Militarismus abpreßte, bequemt sich das liberale Ministerium Bernitsen dazu, einen entsprechenden Entwurf dem Parlament vorzulegen, aber der Widerstand gegen eine grundsätzliche Aenderung der Verfassung war unter den einzelnen Richtungen in der liberalen Partei so groß, daß die damalige Regierung nicht imstande war, die Reform durchzuführen.

Es kam zur Auflösung der zweiten Kammer, trotzdem diese mit 95 Stimmen von 114 für die Reform votierte, die erste Kammer aber die Vorlage ablehnte. Die liberale Regierung löste nicht die erste Kammer auf; davor schreckte sie zurück, um so mehr, da in ihrer Partei Einigkeit über die ganze Frage nicht herrschte und 10 Mann ihrer Fraktion in der ersten Kammer ausbrachen. Die Regierung wollte zuerst, wie sie sagte, die Stimmung des Volkes kennen lernen, die denn auch bei den Wahlen zur zweiten Kammer am 20. Mai zum Ausdruck kam. Drei Viertel der Wähler sprachen sich für die Reform aus, aber das Wahlergebnis hatte auch noch die Folge, daß die liberale Regierung ihre feste Majorität verlor und sich zum Gehen gezwungen sah. Das Volk war der lauen Haltung der Liberalen überdrüssig geworden, die Wahl brachte eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und den bürgerlich Radikalen. Da unsere Partei es ablehnte, in die Regierung einzutreten, bildeten die Radikalen allein das Ministerium, doch nicht, ohne sich vorher die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion gesichert zu haben.

Diese Regierung hat nun den von dem liberalen Ministerium ausgearbeiteten Entwurf unverändert übernommen, hauptsächlich deswegen, um die Liberalen bei der Stange zu halten. Diese versprochen denn auch durch den Mund ihres Führers, des früheren Ministerpräsidenten Christensen, der Vorlage ihre volle Unterstützung, und als im Juni dieses Jahres die vorige Session geschlossen wurde, herrschte allgemein der Glaube, daß die Verfassungsreform gesichert und noch im Laufe des kommenden Winters zu Ende geführt werden könnte. Einen Abfall der Liberalen hielt man unter den gegebenen Verhältnissen nicht für möglich. Ein Teil der Liberalen ist auch ernstlich gewillt, die Reform durchzuführen; aber der einflussreichste Teil der liberalen Fraktion tut alles, was er kann, die Reform zu Falle zu bringen.

Am Mittwoch voriger Woche legte der Ministerpräsident Zahle die Vorlage der zweiten Kammer vor. Schon am Tage darauf veröffentlichte der Führer der Liberalen, derselbe Christensen, der die Unterstützung der Regierungsvorlage gelobte, einen andern Entwurf zur Aenderung der Verfassung, der anscheinend viel weitgehender ist. Der Vorsitzende der liberalen Fraktion desabonniert die Vorlage seines eignen Parteiministeriums, die ja von der jetzigen Regierung unverändert übernommen worden ist. Dieselbe Vorlage, die bereits die überwältigende Zustimmung der zweiten Kammer erhielt und für die sich drei Viertel der Wähler am 20. Mai erklärt hatten! Sie beschränkt sich bekanntlich auf die Aenderung der Zusammensetzung des Programms, will also die Verfassung vorläufig nur in ihrem politischen Teil ändern. Abschaffung aller Privilegien, Herabsetzung des Wahlrechtsalters und Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und Dienstboten sind die Hauptbestandteile der Reform. Der Vorsitzende der liberalen Fraktion aber, dem die Vorlage bisher zu weitgehend war, findet sie nun auf einmal nicht weitgehend genug und kommt plötzlich mit der Forderung: Trennung der Kirche vom Staate. Diese Forderung gerade von der Seite ist überraschend!

Aber Dänemark hat gegenwärtig seinen „Fall Jatho“, infolgedessen ist ein gewaltiger Streit zwischen den einzelnen kirchlichen Richtungen entstanden. Diese Gelegenheit benutzte nun der Demagog Christensen, um der Verfassungsreform, deren Gegner er stets war, zu Leibe zu kommen. Es ist die allgemeine Ueberzeugung, daß Christensen, der seinen Sturz vom Ministerfessel noch nicht verschmerzt hat, der doch erfolgte, weil unter ihm sein Kollege und Busenfreund, der Justizminister Alberti, seine Millionenchwindeleien ungehindert begehen konnte, alles zu tun bereit ist, jeder Verfassungsreform die größten Hindernisse zu bereiten, solange er nicht wieder die Geschicke Dänemarks vom Ministerfessel aus lenken kann. Dieser Mann besitzt den skrupellosesten Ehrgeiz und die überspannte Einbildung, daß nur er allein berufen sein kann, Dänemark eine andre Verfassung zu geben. Er stürzte die beiden nach ihm kommenden Ministerien Neergaard und Bernitsen, die beide von seiner Partei gebildet waren, und ist jetzt auch im Begriff, dem radikalen Ministerium dasselbe Schicksal zu bereiten. Aus Machtgier und Ehrgeiz stürzte er Dänemark in eine Militärpolitik, die das Land ungezählte Millionen kosten wird, in der Hoffnung, daß er dadurch auf konservativen Füßen wieder an die Spitze der Regierung komme. Aber das Entgegengesetzte war der Fall. Konservative und Liberale sind mehr und mehr zurückgegangen, die Mehrheit liegt bei den beiden linken Parteien. Christensen weiß recht gut, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen es unmöglich ist, neben dem Verfassungskampf mit der mächtigen Clique der Privilegierten auch noch einen Religionskampf zu führen, der das Volk in ganz anders geartete Richtungen spalten muß. Aber gerade deshalb kommt er mit seinem Antrag, der nur geschaffen ist, um die Verfassungsreform zu verhindern.

Die reaktionäre Presse jubelt denn auch dem „liberalen“ Parteiführer kräftig zu, feiert ihn als den einsichtigen Politiker, den kommenden Mann. Aber dabei denkt man auf jener Seite gar nicht daran, die Forderung, die Kirche vom Staate zu trennen, durchzuführen. Man nimmt sie lediglich als Mittel zum Zwecke der Verhinderung der neuen Verfassung. Christensen selbst ist es nicht Ernst mit dieser Forderung, dazu ist er ein zu ausgefuchter Scheinheiliger Mucker, der die gemeinsten politischen Intrigen mit einem frommen Augenaufschlag und einem gottergebenen Sündenfall begehrt. Die Hauptsache ist, der jetzigen Regierung und der Verfassungsreform ein Bein zu stellen. Und das kann ihm gelingen, denn das Schicksal der Vorlage ist recht unsicher geworden, trotz der großen Majorität in der zweiten Kammer und trotz der Dreiviertel-Mehrheit im Volk!

Allein so leicht wie bei früheren Gelegenheiten wird es ihm nicht gemacht werden. Der Verrat an seiner eignen Partei wird sich an ihm und seiner Partei selbst rächen. Noch vor einem Jahre war er der unumschränkte Herrscher der Mehrheit in der zweiten Kammer, sein Verhalten ist nicht am wenigsten schuld daran, daß seine Partei bei den letzten Wahlen so arg dezimiert wurde. Das Einzige, was er durch seinen neuesten Streich erreicht hat, ist eine Schwächung der liberalen Fraktion und damit seiner Partei! Damit haben die Gegner der Verfassungsreform natürlich offene Hilfe erhalten, denn nun hindert ja Christensen und seine Trabanten nichts mehr, vor aller Öffentlichkeit gegen die Vorlage Stellung zu nehmen. Neergaard und Bernitsen, die beiden von ihm gefürzten Ministerpräsidenten, sind ostentativ von ihm abgerückt und mit ihnen ein großer Teil der Liberalen. Der offizielle Sprecher der Fraktion zu der Reform erklärte von

der Tribüne der zweiten Kammer, daß die liberale Fraktion mit dem Sondervorschlag Christensens nichts gemein habe. Und an dem jetzigen radikalen Ministerium Zahle wird er vergeblich seine Kräfte versuchen, solange es die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion hat. Aber trotzdem ist die Vorlage in Gefahr, denn der Widerstand der Privilegierten wird durch die verräterische Haltung Christensens gestärkt. Und ganz allein steht er sicherlich nicht!

Unter diesen Umständen ist ein kräftiges Vorgehen der Regierung und der sie unterstützenden Parteien das einzig Richtige und Notwendige. Sie hat den Kampf bereits proklamiert und den Gegnern der Reform zu verstehen gegeben, daß, je länger der Widerstand, um so härter die Bedingungen würden. Der Kampf muß auf die Dauer erfolgreich für die Regierung sein, denn sie hat das Volk auf ihrer Seite. Das Volk will den Freiheitsbrief vom 5. Juni 1849 wieder zurück haben, und es wird ihn auch erhalten.

Jedenfalls hat in der vorigen Woche das dänische Parlament seine lebhafteste Session in dem letzten Menschenalter begonnen. Alle Zeichen deuten auf Sturm! Aber Volk und Regierung sind sich einig, sie werden den Sturm schließlich siegreich überstehen!

-ck-

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 24. September 1913.

Revolutionäre Erinnerungen.

In der von Frhrn. v. Grotthuß herausgegebenen Monatschrift „Der Türmer“ werden jetzt die Erinnerungen eines Majors D. veröffentlicht, der im Jahre 1848 zum Stabe des Prinzen von Preußen gehörte und in dieser Eigenschaft Gelegenheit hatte, die Einwirkung der revolutionären Ereignisse auf den königlichen Hof von Berlin aus unmittelbarer Nähe zu studieren. Major D. hat die Märztage in der Gesellschaft des spätern Königs und des dann zum Kaiser avancierten „Kartätschenprinzen“ verlebt und den letztern auf seiner abenteuerlichen Flucht nach England begleitet.

Der Major beginnt seine Aufzeichnungen mit dem 16. März, an dem die ersten Nachrichten von dem erfolgreichen Wiener Aufstand am 13. in Berlin eintrafen. Er kommt zuerst zum Prinzen Wilhelm, fährt mit ihm zum Minister des Auswärtigen v. Canitz und findet beide, den Prinzen und den Minister, einig in der Auffassung, „daß es besser wäre, freiwillig mit Zugeständnissen im Geiste der Zeit vorzugehen, als sich dieselben später abdrängen zu lassen“. Der Prinz bedient sich dabei der Worte: „Es bleibt nichts übrig, als sich an die Spitze der Bewegung zu stellen.“

Mit einem Briefe des Prinzen begibt sich Major D. noch am selben Tage nach Potsdam zum König Friedrich Wilhelm 4. Er findet ihn, 3 Uhr nachmittags, in einem kleinen Kabinett, in dem er wohnte und „wo er seine Socken und Schnupftücher am Ofen allerhöchstselbst zu trocknen pflegte“. Das prinzipielle Schreiben macht auf den König zunächst keinen Eindruck, man begibt sich zu Tisch und spricht über dies und jenes, bis der König fragt: „Kann denn niemand mir etwas Bestimmtes über die Gerüchte sagen, die in bezug auf die Ereignisse, die in Wien vorgefallen sein sollen, umherlaufen?“ Es ergibt sich, daß der Prinz in allgemeinen Ausdrücken über die Vorgänge geschrieben hatte, von denen er seinen Bruder bereits unterrichtet glaubte. Der hat aber in Wirklichkeit noch keine Ahnung und erfährt erst von Major D., daß Metternich gekürzt, eine Verfassung für Oesterreich verprochen sei.

Nun wird Friedrich Wilhelm 4. wütend. „Mein Gott!“ ruft er aus, „ich habe gar nichts bekommen, das ist ja eine Sünde zuacht, und so schlecht ist kein Mensch in der Welt bedient. Da soll gleich recherchiert werden, sein die Depeschen geblieben sind...“ Kaum hat der König diese Worte gesprochen, da kommen auch die Depeschen, sein Gesicht wird beim Lesen immer ernster, und er schiebt die ihm gebotene Schüssel zurück: „Nein, das ist zu arg, ich kann nicht mehr essen.“

Man berät über die Rückreise nach Berlin. Der König hat schon Besorgnisse. Er will — o gute alte Zeit! — „nicht mit Bedeckung nach Berlin hineinfahren“, lieber bleibt er am Bahnhof. Der Major beruhigt ihn: solange die Berliner Bevölkerung von Wien nichts wisse, sei keine Gefahr. Was später kommen werde, sei allerdings eine andre Frage. Der König faßt sich ein Herz und erreicht um 6 Uhr abends ungehindert das Berliner Schloß.

Major D. schildert dann die ohnehin bekannten Straßenkämpfe des 18. und 19. März. Er berichtet auch nichts Neues, wenn er die Situation des Militärs in diesen Kämpfen als recht günstig darstellt. Zwar waren

die äußern Stadtteile zur Zeit der Abberufung des Militärs noch in den Händen der Aufständischen, aber General von Brittwitz war Herr des wichtigsten Teiles von Berlin, hatte geschickte Verbindungen nach außen, insbesondere auch nach Spandau, und konnte das Weitere ruhig abwarten. Da kam die Proklamation — Major D. sagt „die unglückliche Proklamation“ — des Königs „meine lieben Berliner“, die, wie der Berichterstatter weiter fortführt, „im allgemeinen einen so lamentablen Charakter trug, daß man darin nur zu sehr die Aufregungen eines schwächlichen, tief ergriffenen Gemüts erkannte“.

Am dieser Stelle brechen die Aufzeichnungen des Majors D. vorläufig ab, sie sollen im nächsten Hefte fortgesetzt werden und versprechen noch mancherlei Interessantes zu bringen. Große Enthüllungen wird man von ihrer Fortsetzung freilich ebensowenig erwarten dürfen, wie sie in ihrem Anfang zu finden sind. Die geschichtlichen Vorgänge des Sturmjahres 1848 sind ja in ihren Einzelheiten schon so genau durchforscht, daß durch die Beiträge Eingeweihter in ihrem Gesamtbild kaum noch etwas Wesentliches verschoben werden kann.

Zwei Tatsachen treten in dem Bericht des Majors D. plastisch in Erscheinung. Auf der einen Seite waren die Erfolge der Berliner Aufständischen keineswegs so, daß man von einem militärischen Siege der Revolution hätte sprechen können. Auf der andern Seite traf aber der Stoß der Volksbewegung die maßgebenden Stellen in einer geistigen und psychologischen Verfassung, die den politischen Erfolg der Revolution gewährleistete. Die herrschenden Kreise waren längst, oder mindestens seit der Pariser Februar-Revolution, auf die Notwendigkeit von Zugeständnissen geistig vorbereitet. Es konnte sich, wie Prinz Wilhelm von Preußen zutreffend bemerkte, nur noch darum handeln, ob man mit diesen Zugeständnissen freiwillig vorgehen oder sie sich später abdrängen lassen wollte. Das preussische Königtum hatte den Zeitpunkt, in dem die Verfassung noch als ein scheinbares Geschenk der Krone gewährt werden konnte, versäumt. Was hätte es gewonnen, wenn es, den Ratschlägen der Schatzkammer folgend, noch mehr Volksblut in den Minsstein hätte fließen lassen? Es konnte wahrscheinlich den Zustand militärisch bewältigen, es konnte aber dem geistigen Zug einer Revolution, die auf tiefgreifende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur begründet war, auf die Dauer nicht Halt gebieten.

So bestätigen uns die Märzereignisse auch in der Darstellung des Majors D. die trotzliche geschichtliche Wahrheit, daß der einstweilige Besitz der physischen Macht noch nicht die Möglichkeit voller politischer Willkür in sich schließt. Die geschichtliche Notwendigkeit marschiert unaufhaltsam vorwärts. Auch gegen die Bajonetten und zwischen den Bajonetten. Und der Augenblick der Revolution, der blutigen wie der unblutigen, ist nur der Augenblick einer psychologischen Umwälzung, die allgemein gewordene Ueberzeugungen in entschlossenen Tatwillen verwandelt.

In solcher Betrachtungsweise liegt auch für das kämpfende Proletariat eine bedeutsame Lehre. Ueberflüssig zu sagen, daß die Arbeiterklasse von heute ihre Befreiungsschlachten nicht mehr auf den Barrikaden schlägt. Aber es gibt auch andre Weisheitmittel als die der äußersten brutalen Gewalt, und eins von ihnen, der friedlichen, in geistlichen Formen verlaufende Massenstreik, ist eben erst von einem sozialdemokratischen Parteitag zum drittenmal diskutiert worden.

So weit zwischen den Ereignissen von 1848 und künftigen preussischen Wahlrechtskämpfen ein Vergleich möglich ist, wird man sagen können: Es wird in den künftigen Kämpfen nicht nur auf die rein physische Machtverteilung hüten und drüben ankommen, sondern auch auf die moralische Situation und die geistliche Verfassung der einander gegenüberstehenden Gruppierungen. Es wird darauf ankommen, ob diese Kämpfe ihren Höhepunkt in einem Augenblick erreichen, in dem sich die Ueberzeugung von der Unausweichlichkeit der geforderten Kampfesforderung auch dem Gegner unmittelbar aufdrängt.

In allen Ländern der Welt schreitet die Demokratisierung fort. Auch in Preußen ist eine Wahlreform — versprochen. In diesem Versprechen liegt der Beweis, daß auch Preußen mit seiner Polizei, seinem Militär, seinem bestgeleiteten Unterdrückungsapparat, den die Welt kennt, sich widerwillig und allmählich zu einer Anpassung an die Forderungen der Gegenwart bequemen muß. Noch steht das Dreiklassenregime fest mit beiden Füßen auf dem Boden der Macht, aber dieser Boden ist unterhöht, es fehlt ihm die geistige und sittliche Fundamentierung. Hunderttausend Soldaten stehen bereit, um auf Befehl das Volk zu erschließen, das den König an die Erfüllung seines Versprechens mahnt. Aber kein Minister, kein Beamter, das Dreiklassenregime zu verteidigen, ohne daß beim ersten Worte ganz Preußen, ganz Deutschland und ganz Europa in ein Schlingensiefel ausbräche.

So heißt es denn energisch weiterarbeiten und mit festem Blicke beobachten, bis zu dem Augenblicke, in dem ein Bindstoch genügt, um die reif gewordene Frucht vom Baume zu schäufeln. Es wäre denn, daß sich die Nachhüber von heute noch rechtzeitig an die verpöbete Weisheit des Prinzen von Preußen erinnern, es sei besser, mit Zugeständnissen vorzugehen als sie sich später abdrängen zu lassen. Es liegt eine große Gefahr darin, wenn man seine Stärke, das heißt die Summe der einem zur Verfügung stehenden geistigen, sittlichen und physischen Mittel, überhäuft. Das ist in Venedig ausgebrochen worden. Aber diese Wahrheit gilt nicht nur für uns, sie gilt auch für die andern. —

Sach im Ohr und den Umsturz im Herzen.

Dem Berliner Hof- und Domorganisten Irzgang wird, wie an dieser Stelle schon mitgeteilt wurde, auf Veranlassung des Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß der Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse, vor dessen Mitgliedern er ein Schenkungsstück geben wollte, eine sozialdemokratische Organisation sei. Der Hof- und Domorganist jagt ängstlich ab und bezieht sich, vor der Definitivität festzuhalten, ersicht sei die Stimmung des Polizeipräsidenten

nicht als Warnung aufzufassen und zweitens habe es ihrer eigentlich gar nicht bedurft, da er schon von seinem Küster darauf aufmerksam gemacht worden sei, in welche Gefahr ihn der Verein der Frauen und Mädchen habe locken wollen. Er sei sofort zurückgetreten, da es ihm widerstrebe, bei sozialdemokratischen Veranstaltungen mitzuwirken.

Damit wäre das preussische System einmal wieder dem Gelächter der Kulturmelt preisgegeben. Aber die scharfmacherische „Post“, die noch wesentlich staatsverhaltender ist als ein Berliner Hof- und Domorganist, fürchtet, der Vorgang an und für sich könne über das echtpreussische Wesen doch noch einige Zweifel aufkommen lassen. Sie hält es daher für angebracht, die Geschichte ausführlich zu kommentieren. Sie hält Irzgang offenbar für einen rickratlosen und wackelhaften Kompromißler. Er hat nämlich „ohne weiteres“ zugegeben, daß Musik und Politik nichts miteinander zu tun hätten und daß es an sich verdinglich sei, die Schöpfungen Sachs den Arbeitern zugänglich zu machen. Gegen diese laze Auffassung muß sich jeder wenden, dem es um die Wahrung der bekannten heiligsten Güter Ernst ist. Im alltäglichen Leben ja — da gehen Musik und Politik friedlich nebeneinander her. Aber der Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse hat die beiden in diesem Falle künstlich „aneinander gebracht“ und der Organist Irzgang hätte diesen Bund segnen sollen. Bei dieser Zeremonie würde der Teufel des Umsturzes triumphieren haben. Denn:

Eine Bachsche Orgeltonate klingt genau so, wenn sie von einem Konservativen oder einem Sozialdemokraten gespielt wird. Sie küßt auch nicht das mindeste ein, ob sie vor Freunden oder Feinden der bürgerlichen Gesellschaft erklingt. Aber es besteht gar keine Veranlassung, daß ein königstreuer Beamter (und ein vom deutschen Kaiser persönlich warm geförderter) unreifen Frauen und Mädchen von ausgesprochen sozialdemokratischer Gesinnung Bach vorspielt. Im Grunde handelt es sich dabei gar nicht um die Musik. Es könnte ja auch ein Vortrag, ein Kurzus oder sonst irgendeine erzieherische Betätigung in Frage kommen. Die Musik ist hier das rein Zufällige. Der Staatsbeamte im Gegensatz zum Staatsverneinenden (auch den Hoforganisten Irzgang verneinenden) Verein ist das Grundsätzliche. Ein Staatsbeamter kann und soll und darf nicht eine Vereinigung unterstützen, die Sach im Ohr und den Umsturz im Herzen hat. Ein Staatsbeamter hat auf Reinlichkeit in diesen Dingen zu achten. Selbst auf musikalischem Gebiet.

Gerade in den Kreisen, die der „Post“ nahestehen, gibt es Leute, die die sozialdemokratische Krankheit durch Religion und Kirchenentwurf kurieren wollen. Darf nun ein Hof- und Domprediger, der die Sozialdemokratie doch nicht minder „verneint“ als den Hoforganisten vor einer Gemeinde predigen, in der sich Sozialdemokraten befinden?

Ferner, es gibt königliche Museen und königliche Theater. Dürfen sie für Sozialdemokraten geöffnet sein, die Membrandt in den Augen, Schiller und Goethe in den Ohren und den Umsturz im Herzen haben? Sollte die „Post“ sich nicht entschließen können, diese Fragen zu verneinen, so würde sie sich das Zeugnis einer traurigen Inkonsequenz ausstellen, und das Ausland würde noch immer nicht so recht, wie eigentlich das wahre preussische Wesen beschaffen ist. —

Die Entdeckung Frankreichs.

Öff löff! Präsident Poincaré fährt durchs Land. Ein 10 Kilometer langer Zug von Automobilen begleitet ihn. Polizisten, Minister, Generale, Abgesandte mit Damen und Dienern bilden die „glänzende Suite“. Poincaré entdeckt Frankreich.

So wenigstens versichert uns die „große Presse“ Frankreichs auf Grund des Zwölftägigen Fastnachtzugs quer durchs Land. Alle 150 Kilometer hält der Zug unter zusammengeagelten Leisten, die abgerissene Zweige, papierne Inskripten und Lampions zu Triumphbogen herausstücken. Bekrante Herren, weiß gekleidete Damen, behelmete Feuerwehrlente, ordensgeschmückte Veteranen, mit der „festlich bewegten“ Volksmenge als Staffage, empfangen den Zug. Reden werden geschwungen, mit Hurra! geht der Trudel zum Rathaus, wo wieder geredet wird, was wieder ein Grund zum Trinken ist. Karaben, Banfette, Besichtigungen und vor allem immer wieder Reden: Vaterland, Fortschritt, Ordnung, Arbeit, Republik. Bum, bum, bum!

So entdeckt man heute als Präsident der französischen Republik Frankreich. Wenn die Maskerade nicht so zwerchfellerschütternd wäre, könnte man sich darüber ärgern. Der feudalste monarchische Plauschgang kann diese Talmipraxis der „republikanischen“ Präsidentenreise nicht übertreffen. Damit füllen die republikanischen Politikafer die Parlamentsferien aus. Das ist klümicke und dümmliche davon ist, daß sonst ernst genommene Zeitungen aus der Feder gewichtiger politischer Persönlichkeiten darüber spaltenlange Leitartikel zu den seitenslangen Berichten veröffentlichten. Der ehemalige und künftige Minister Steeg, eine radikale Leuchte, verteidigt sich sogar so weit, unsre Genossen anzuböeln, weil sie bei der Affenkomödie nicht mitleiden.

Poincaré kam nämlich auf seiner Entdeckungsreise u. a. nach Limoges und nach Toulouse, Hauptstädte zweier Provinzen, die, um in dem Stile der bürgerlichen Verdummungspresse zu bleiben, Poincaré den Touristen erschlossen hat. Ueberall ist der Präsident der Republik von den Gemeindevertretungen eingeladen worden. Nur Toulouse und Limoges verzichteten. Sie haben nämlich sozialistische Gemeindeverwaltungen. Injre Genossen konnten nicht im Voraus wissen, daß die Präsidentenreise in einen Plauschgang ausarten würde. Sie wußten aber, daß unter der glorreichen Regierung Poincarés widerrechtlich in den Bureaus der Arbeiterorganisationen eingebracht wird, daß man die Gemeindefunktionsäre widerrechtlich monatlang in Untersuchungshaft behält, daß die Meute der Heppatrioten hinter Poincaré herläuft. Das war für sie Grund genug, den Präsidenten Poincaré nicht einzuladen und auch den Empfängen fernzubleiben, die von bürgerlichen Komitees veranstaltet wurden. Sie sollen deshalb angeblich ihre Pflicht verlegt, sich unfähig erwiesen haben, ihren Pflichten auszufüllen. So wenigstens schnattert die bürgerliche Presse.

Wenn es ursprünglich Genossen gab, die meinten, daß eine sozialistische Gemeindeverwaltung könne dem Empfang des Präsidenten der Republik beimohnen, heute gibt es darüber nur eine Meinung. Die sozialistischen Gemeindeverwaltungen von Toulouse und Limoges sind nicht nur, wie Jaurés in der „Humanité“

schreibt, der Demütigung entgangen. Sie sind vor allem der Bächerlichkeit entgangen. Und nachdem der Präsident der Republik den Abbitte leistenden König von Griechenland empfangen hat, ist schwer zu entscheiden, wer von den beiden „Staatsoberhäuptern“ durch seine Reden seinen Kredit mehr kompromittiert hat: der König von Griechenland seinen finanziellen, oder Poincaré seinen politischen Kredit. —

Notizen.

Notstandsarbeiten? Das königliche Eisenbahnenzentralamt in Berlin ist nach der Meldung einer Korrespondenz beauftragt worden, wegen Uebernahme der Herstellung von 700 Lokomotiven verschiedener Gattungen für die preussisch-berliner Staatsbahn sowie von 32 Lokomotiven, 122 Personen- und Gepäckwagen u. 1808 Güterwagen verschiedener Gattungen für die Reichsbahnbahnen in Elsaß-Lothringen mit den beteiligten Fahrzeugbauanstalten zu verhandeln. Die Lieferungen sollen am 30. September 1914 beendet sein. —

Der Landtag wird, wie eine bürgerliche Korrespondenz behauptet, zu einer Herbsttagung nicht zusammenkommen. Sonderer erst Anfang Januar seine Arbeiten aufnehmen. Wenn diese Nachricht zutrifft, so hätte sich das Ministerium hinwegsetzen über einen einstimmig ausgesprochenen Wunsch des Abgeordnetenhauses. Es wird behauptet: Die Einberufung des Landtags zu einer Herbsttagung sei nicht notwendig, denn, abgesehen von der Kommunalabgabennovelle, die erst 1914 fertig wird, den Steuergesetzen, die vorläufig ganz zurückgestellt werden dem Etat, der frühestens Weihnachten eingebracht werden könnte, bleiben zunächst nur das Fischereigesetz, einige Reformen für die Landesverwaltung und das Ausgrabungsgesetz übrig, die angeblich eine Herbsttagung nicht erforderlich machen. — Klauittelstungen diese Gründe nicht. Sie werden widerlegt werden, wenn sich schließlich herausstellt, daß der Etat nicht rechtzeitig erledigt werden kann. —

Der griechische König hat auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eine freie Rede gehalten, die ihm die schwersten Vorwürfe seiner Regierung eintrugen. Nun hat er in Paris vom Blatte gelesen, was Venizelos, sein Ministerpräsident, ihm aufgeschrien. Aber auch damit hat er kein Glück gehabt, denn die Franzosen waren mißtrauisch geworden und verhielten sich daher kühl bis ans Herz hinan. Konstantin hat sich daher vorgenommen, niemals mehr frei von der Leber weg zu sprechen. —

Jugendkriegsspiele mit aktiven Truppen. Daß sich Offiziere der antizentralistischen Jugendpropaganda durch Beteiligung an Kriegsspielen ufm. hingeben, kommt längst nicht mehr vereinzelt vor. Das genügt, wie es scheint, aber noch nicht. Für Sonntag den 28. September haben z. B. die „Jugend“, Schützen- und Kriegervereine dreier Kreise in Westfalen (Würen) ein umfassendes „Kriegsspiel“ vorgenommen. Das Programm liegt vor. Nach dem Gottesdienste (stille heilige Messe) wird ausgerückt und am Schluß gibt es Befprechung und Paradezug. Dann heißt es: „Das Regiment 158 stellt eine Kompanie, die auf beide Parteien verteilt und vom 27. auf den 28. 9. in Asten und Fürstenberg einquartiert wird.“ Die Soldaten werden über diesen Sonntag-Exkurs im Interesse der antizentralistischen Jugendbewegung sicher recht erfreut sein. —

Der Fall Schlieben. Der Konsul Dr. Schlieben in Belgrad war plötzlich nach dem weltbekannten Schador verjagt worden, weil er sich mit dem deutschen Gesandten in Serbien, Freiherrn v. Griefinger, überworfen hatte. Für Dr. Schlieben nahmen die deutschen Imperialisten lebhaft Partei; hat doch Dr. Schlieben für die Ausbreitung des deutschen Handels in Serbien viel beigetragen. Erklärlich ist nun, daß Dr. Schlieben die ihm vom auswärtigen Amt zugedachte Strafverurteilung abgelehnt hat; er will den Staatsdienst quittieren und in privater Eigenschaft in Serbien weiter wirken. Bürgerliche Blätter kündigen an, mit dem Falle Schlieben werde sich auch der Reichstag beschäftigen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 24. September 1913.

Rein Ende der Teuerung!

Die erneute Aufwärtsbewegung der Fleischpreise macht die Hoffnungen, die auf ein baldiges Nachlassen der allgemeinen Lebensmittelerzeugung gerichtet waren, zunichte. Die einzige fühlbare Wirkung der günstigen Ernteergebnisse im laufenden Jahre war eine leichte Ermäßigung der Kartoffel- und Gemüsepreise. Im Spätsommer war diese natürlich für den einzelnen Haushalt recht willkommen, einen Ausgleich für die Verteuerung der Fleischwaren bietet sie jedoch nicht zumal im Winter wieder mit einer Steigerung der Preise für vegetabilische Nahrungsmittel zu rechnen ist. Für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, berechneten sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes durchschnittlich auf Mark:

	1911	1912	1913
Juni	23,97	25,85	25,35
Juli	24,37	26,10	25,88
August	24,65	26,86	25,83

Nach der im Monat Juli eingetretenen scharfen Steigerung der Haushaltskosten fällt die unbedeutende Ermäßigung um 5 Pfennig pro Woche im Monat August natürlich gar nicht ins Gewicht. In den preussischen Landesteilen betragen die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes in Mark:

	1911	1912	1913
Groß-Berlin . . .	24,30	26,49	25,02
Brandenburg . .	24,15	27,11	25,75
Posen	25,23	27,42	25,65
Sachsen	25,34	27,59	26,78
Schleswig-Holstein	24,14	25,82	25,58
Hannover	23,72	25,93	25,54
Westfalen	24,06	26,34	25,98
Heßen-Raßlau . .	25,28	26,07	25,80
Rheinland	26,17	27,62	26,74

Für einige außerpreussische Gebiete wurden folgende Indizes berechnet:

	1911	1912	1913
Havern	25,10	26,32	26,12
Königreich Sachsen	23,99	26,86	26,02
Württemberg . .	24,11	27,06	25,48
Baden	26,61	27,51	26,74
Thüringen	24,76	27,21	26,63

Da in diesem Winter die Versorgung der Städte mit frischen Fischen und Fleisch allem Anscheine nach nicht wieder im vorjährigen Umfang von den Kommunalverwaltungen in die Hand genommen wird, dürfte die zu erwartende Erhöhung der Fleischpreise noch recht ungünstig auf die Bewegung der Haushaltskosten einwirken. A. C.

Magdeburger Seefischmärkte werden abgehalten am Donnerstag den 25. d. M., vormittags, in der Wilhelmstadt auf dem Körnerplatz und Ecke Schiller- und Obenfelder Straße. Besucht werden: Kuttchahn zu 15, Seelachs und Kabeljau zu 18, Goldbarsch, Schellfisch und Straßfalle zu 20, Schellfisch ohne Kopf zu 22, große Schollen zu 28 und Filet zu 35 Pfennig das Pfund. —

Heute Donnerstag, Freitag und Sonnabend.

Nur soweit Vorrat. Neu eingetroffen! Nur soweit Vorrat.
An obigen Tagen kommen größere Posten

Sabritreffe weiße Barchent-Betttücher

In verschiedenen Größen und guten Qualitäten (mit kleinen Webfehlern) zum Verkauf.
Weiße Barchent-Betttücher passend für Kinder-Betttücher, Plättbrett Bezüge, Kinder-Unterlagen usw., ohne Rücksicht auf Qualität zum Ausfuchen
pro Stück 75 50 bis 25 Pf.
Weiße Barchent-Betttücher in Größen 100x125, 150x200, in verschiedenartigen Qualitäten, mit und ohne Kante, ohne Rücksicht auf Qualität zum Ausfuchen
pro Stück 1.50 1.25 1.00

Extra billiger Preis! Extra billiger Preis!
Größere Posten 130 cm breite weiße Gollfaden-Stoffe
garantiert nicht einlaufend, nicht fälschend, bestbewährte Qualitäten, werden weit unter regulären Preisen verkauft.

Isidor Gabbe
heute **Breiteweg 173, 1 Treppe**
gegenüber der Berliner Straße. 3902

Herren u. Damenrad, eleg.,
pat. Berliner Str. 1a, II r.

Maldiva

die Zigaretten des Tages.
2001

In Sudenburg

kauft man eine vorzügliche Fußbodenfarbe, die schnell trocknet und dabei absolut nicht klebt, das Pfund für 10 Pfennig, in der Drogerie **Gustav Schubert**, Halberstädter Straße 107 (gegenüber der Sutfürtenstraße).

Neu Größte Auswahl am Platze
gebraucht
Laden-, Restaurations-, Koster- und Wohnungs-Einrichtungen
auch
eigene Fabrikation.

Wegen Ueberfüllung meines Lagers verkaufe ich äußerst billig.

Heinrich Giesecke
Werftstraße 2/3.
Telephon 1202.

Ziehung bestimmt diese Woche
3788 Freitag und Sonnabend.

Berliner Lotterie

zugunsten des Fluges Rund um Berlin.
5128 Gewinne im Gesamtwerte von Mark

60000
Hauptgewinn im Werte von Mark

20000
Für alle Gewinne 90% bar Geld
durch meine Vermittlung

Lose à 1 Mk. 11 Lose 10 Mk., Porto und Liste 30 Pf.
extra, Nachnahme 20 Pf. mehr empfiehlt und versendet, solange der Vorrat reicht

Lose-
vertrieb: **Bd. Nitzke** Alter Markt 16
Ecke Hauptwache.
Rote + Geld-Lose Ziehung 1.-4. Oktober, Hauptgewinn 100000 Mk., zum Tagespreis.

Kaufe 3696
Kanarienhähne
und weibchen
bezahlt Pähne mit 3
bis 6 Wk., je nach
Gesang.

Jos. Tischler, Annastr. 25.

Sofas bessere Ausführung
in jeder Preislage.
Meine beliebte Patentmatratze
fabelhaft billig. 3502
Tapeten von 10 Pf. an.
Umarbeitungen gut und billig.
E. Ihlow, Moldenstraße 1a.

Einzel-Möbel

komplette Zimmer
zu billigen Preisen.

- | | |
|---------------------|---------------------|
| Kleiderschränke von | Mt. 27.00 an |
| Berticos | 35.00 an |
| Wardroben | 22.00 an |
| Pfeilerpiegel | 8.00 an |
| Stegische | 18.00 an |
| Kuscheltische | 24.00 an |
| Trumeaus | 38.00 an |
| Umbauten | 45.00 an |
| Büfettis | 135.00 an |
| Schredenen | 85.00 an |
| Serviertische | 15.00 an |
| Bücherchränke | 70.00 an |
| Schreibtische | 65.00 an |
| Bierchränke | 80.00 an |
| Bettstellen | 14.00 an |
| Rohrstühle | 4.00 an |
| Küchenschränke | 25.00 an |
| Küchenbüfettis | 38.00 an |
| Einrichten | 24.00 an |
| Flurgarderoben | 19.00 an |
| Staubdüren | 80.00 an |
| Klubstühle | 75.00 an |
| Schreibstisch | 10.00 an |
| Bauernische | 3.50 an |
| Bureauische | 6.00 an |
| Wesingstischchen | 10.00 an |
| Nächtliche | 15.00 an |
| Wiener Schaufel | 20.00 an |
| Frühstückstischchen | 25.00 an |
| Balustraden | 16.00 an |
| Stageren | 8.00 an |
| Golddächer | 15.00 an |
| Golddische | 14.00 an |
| Büstenständer | 6.00 an |
| Küchen | in allen Preislagen |
| Herrenzimmer | " |
| Speisezimmer | " |
| Salons | " |
| Schlafzimmer | " |
| Fremdenzimm. | " |

Bauch & Stimmel

vorm. Jakob Mook
Möbelhaus 3808
Eigene Werkstätten
Alter Markt (am Rathaus).

Tischlampen
Hängelampen
Kronen
für Petroleum,
Gas u. Elektrisch
Gaskocher
große
Auswahl
billigste
Preise!

Otto Müller

Reinpuerci
Wasser- und Lichtanlagen
Katharinenstraße 13
dicht am Breiten Weg.

Damenuhr mit eleg. langer
Kette Mt. 8.50.
Katharinenstr. 11, I. Et. 3694
33d. Bohn. Mon. 17. A. Krügerstr. 4.

A. Typky

Schmidtstraße Nr. 37 u. Schmidtstraße Nr. 40 a
Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
in größter Auswahl, reell und preiswert, zu den kulantesten
Bedingungen. — Auch auf Teilzahlung.
Großes Lager fertiger Särge
in allen Größen. 3654

empfehlen die
Buchhandlung Volkstimm

Kohlen-Abonnement!

Kasten-Vertrieb
Größte Sauberkeit!
Größte Annehmlichkeit!
Beste Selbstkontrolle!

Verlangen Sie unsern Besuch!
Gebr. Klepp Nachf., G. m. b. H. Rogätzner Straße 5
Fernspr. 192.

Passend für Brautpaare und Möbeltäufel!

2 wenig gebrauchte nußb. Wirtshaften
bestehend aus
1 Kleiderschrank, nußb. furn. 1 Kleiderschrank, nußb. geschn.
1 Vertiko, nußbaum furniert 1 Vertiko, nußbaum geschlitzt
1 Trumeau mit Säule u. Stufe 1 Pfeilerschrank, nußb. geschn.
1 Tischleuchte, streng modern 1 Spiegel, geschliffen
4 Stühle mit Hocker 1 Sofatisch, geschliffen
1 Sofatisch mit echter Platte 1 Sofatisch, nußbaum
1 Bordbrett, geschlitzt 4 Stühle, modern
2 Bettstellen, Satin, englisch 1 Sofa, schieferfarbig
2 Matrassen, rot, staubfrei 2 Bettstellen, dunkel poliert
1 Toilette mit Marmorplatte 2 Fasson-Matrassen
2 Stühle, 1 Handtuchständer 2 Stühle
1 Küchenbüfett, modern, mit 1 Galler
Berglajung 1 Küchenbüfett, modern, grau
1 Anrichtentisch 1 Anrichte mit Zink
1 Mahmen mit 3 Kästen 1 Tisch, 1 Bild
1 Handtuchhalter 1 Galler, 2 Stühle
2 Stühle, 2 Bilder 3525 1 Bordbrett, 4 Stangen.

nur 400 Mark 375 Mark
Möbel-Spezialhaus Friedrich Lorenz
17 Peterstraße 17.

C. Könnecke Nachf. Katzensprung 10

empfiehlt sein großes Lager von
Bettfedern und Daunen
das Pfund von 1.00 Mark an.
Inlette — Steppdecken
nur gute, ausprobierte Qualitäten.
Vorzügliche Bettfedern-Reinigung m. elektrischem Betrieb
pro Bett 3.00 Mark. 3825

Rohlen

Böhmische Braunkohlen der Gabrielzeche

bei promptester
:: Bestellung :: 74 Pf. pro Zentner
:: frei Keller ::

Kontor: Breiteweg 262 I — Fernruf 608 und 1090.
dem Bismarckdenkmal gegenüber.

Aufträge werden auch entgegengenommen:

Alte Neustadt: Richard Geisler, Schifferstraße 24.
Neue Neustadt: Ernst Wenkel, Lübecker Straße 25,
Karl Wenkel, Lüneburger Straße 23,
Wilhelmstadt: Herrn. Wolbt, Große Diesdorfer Straße 226,
Sudenburg: Hugo Starckhoff, Halberstädter Straße 113,
Buckau: Paul Fricke, Schönebeker Straße 114. 3829

Zum Umzug!

Extraverkauf in Gardinen

Spannstoff für Stores und Künstlergardinen, weiß und elfenbein	2.25 bis 78 Pf.	Filz- u. Tuchkanten, rot, grün, blau	1.85 bis 18 Pf.
Schleiergardinen, weiß und creme, in neuen Mustern	1.45 95 85 bis 38 Pf.	Gobelin-Kanten, neuste Muster	2.45 bis 95 Pf.
Künstler-Gardinen	12.50 bis 3.95	Leinen-Kanten, Halb- u. Kochelleinen	2.25 bis 45 Pf.
Stores, weiß und creme	10.50 bis 2.75	Tischdecken in Tuch und Leinen	4.50 bis 88 Pf.
Tüllkanten in Erdseide u. Engl. Tüll von 10 Pf. an		Dekorationsstoffe in Satin, Krepp und Kretonne	1.25 bis 38 Pf.
Rouleau-Körper, weiß, creme, algold	von 45 Pf. an	Uebergardinen in Filz, Tuch, Leinen	von 3.75 an
Rouleau-Damast, algold u. elfenbein	von 58 Pf. an	Bettvorleger	6.25 bis 75 Pf.
Tüllbettsdecken für 1 und 2 Betten	9.50 bis 3.75	Fries, in bordeaux und oliv	3.75 2.45 1.95
		Läuferstoffe in allen Breiten	von 42 Pf. an
		Linoleum-Läufer	1.85 1.55 1.25 98 Pf.

Wachstuche in vielen Mustern, hell u. dunkel, von 1.25 an 3708

Bazar-Magdeburg

Jakobstrasse, Ecke Peterstrasse.

Filiale: Sudenburg — Buckau — Neustadt — Wilhelmstadt — Groß-Ottersleben.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 225.

Magdeburg, Donnerstag den 25. September 1913.

24. Jahrgang.

Beteiligt euch an den Krankenkassenwahlen!

Soll die neue Kasse ihre Leistungen nicht nur behalten, sondern zum Segen aller Versicherten und ihrer Angehörigen ergänzen und ausbauen, dann muß der Ausschuß aus erfahrenen und charakterfesten Vertretern und Vertreterinnen zusammengesetzt sein.

Das geschieht durch die Wahl der Liste 1.

Die Parteipresse über Jena.

Die Verhandlungen unsers Parteitags haben wie immer in der Parteipresse ein lebhaftes Echo und kritische Würdigung gefunden. Rechts und links ist man fast ausnahmslos der Meinung, daß in Jena gute Arbeit geleistet wurde. Einstimmigkeit herrscht über die große Bedeutung der Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zum Teile sehr skeptisch lauten die Urteile über die Maifer. Ueber die beiden Hauptpunkte: die Massenstreikdebatte und die Stellung zur Steuerfrage lassen wir eine Reihe Parteiblätter zu Worte kommen:

Vorwärts.

Nicht durch theoretische Erörterung, sondern durch möglichst intensive Führung unsers Kampfes und insbesondere des preußischen Wahlrechtskampfes können wir eventuell auch zur Anwendung des Massenstreiks gelangen.

Diese Ueberzeugung mußte sich schließlich bei allen Parteigenossen durchsetzen. Der Parteitag aber kam dadurch in eine unangenehme Situation. Er konnte nicht, wie etwa die Parteitage in Oesterreich oder Belgien, die mitten in den stürmischsten Kampftagen abgehalten wurden, den Massenstreik als unmittelbar bevorstehend proklamieren, wenn das Kampfziel nicht anders durchzusetzen sei, sondern er mußte sich auf die Wiederholung der früheren Beschlüsse beschränken. War dies aber der Fall, so verlor die Opposition gegen die Vorstandesresolution ihren wesentlichen Inhalt. Sie hätte nur Sinn gehabt, wenn sie den Standpunkt hätte festhalten können, den Massenstreik als unmittelbar einzuleitende Aktion von dem Parteitag beschließen zu lassen. Nach dem vorangegangenen Aufwand von heftigen Angriffen auf die Parteiführung war aber das Bedürfnis noch zu drängend, die Oppositionsstellung beizubehalten und so wurde der Vorstandesresolution eine andre entgegengesetzt, die sachlich nichts anderes enthielt, und nur stärkere Worte gebrauchte. So litt die Diskussion unter der Zweideutigkeit, daß die objektive Gestaltung der Situation nur eine Lösung zuließ, während die Nachwirkung der ursprünglichen Stellungnahme das subjektive Bedürfnis zu einer Auseinandersetzung umlöste, die unter diesen Umständen einen persönlichen Charakter annehmen mußte.

Zur Steuerfrage: Die Wahl des Kleinern Übels entspricht in der Tat der alten Taktik der Partei. Und wenn die Anwendung dieser Taktik auf den konkreten Fall der Steuerdeckung für Militärausgaben auch neu ist, so fällt sie darum doch nicht aus dem Geiste der bisherigen Taktik heraus. Die Bekämpfung des Militarismus ist das erste Gebot der Partei. Wenn jedoch trotz alles Kampfes die Rüstungen gesichert sind und es sich nur noch darum handelt, ob die Sozialdemokratie dem Proletariat nun wenigstens die Last der Steuerabwälzung erparen kann, so kann die Entscheidung füglich nicht anders ausfallen, als der Parteitag beschloß.

Trotzdem war auch in diesem Falle die Opposition und Kritik erfreulich. Sagt ihr doch die Sorge zugrunde, daß durch ein solches Vorgehen die prinzipielle Schärfe unsrer Bekämpfung des Militarismus abgeflaumt und die vergleichsweise sekundäre Frage der Steuerbelastung allzusehr in den Vordergrund gerückt werden könnte. Diese Gefahr ist in der Tat nicht zu verkennen. Aber sie konnte nicht in der Form abgewehrt werden, wie das die Resolution 114 vorschlug, sondern ihr kann nur für jeden Einzelfall durch rechtzeitige Wachsamkeit der Fraktion und der Partei begegnet werden. Sorgen wir dafür, daß die Steuerfrage nicht den Inbegriff unsrer Bekämpfung des Militarismus und Imperialismus bildet, vertiefen wir in Literatur, Presse und Flugblätter unsern Kampf gegen ihn — das ist das beste Verteidigungsmittel, unsre prinzipielle Frontstellung zu verwirklichen. Wie denn überhaupt dergleichen Gefahren für die Partei niemals durch einmalige Resolutionen und faktische Festlegungen abgewehrt werden können, sondern nur durch Pflege des sozialistischen Geistes an jedem Alltag und Respektierung unsrer Grundzüge in jeder kleinsten Tagesfrage.

Leipziger Volkszeitung.

Nicht mit allem, was der dritte Parteitag von Jena getan und beschlossen hat, sind wir einverstanden. Aber bei der Rückschau auf die rote Woche in der freundlichen Stadt des Weimarer Ländchens müssen wir anerkennen, daß dieser Parteitag einer der besten gewesen ist, die die deutsche Sozialdemokratie gehabt hat. Genosse Ebert hat recht, wenn er im Schlußwort erklärte, daß selten ein Parteitag so klar, so zweifellos die Einheit der Partei, den einmütigen Willen aller ihrer Glieder und Richtungen nach demselben einen Ziele gezeigt hat, wie dieser, auf den unsre Feinde törichterweise besondere Hoffnungen setzten...

Und was ist der sachliche Ertrag des Parteitags? Er hat eine Massenstreikdebatte gebracht, die nicht völlig auf der Höhe stand, die man ihr hätte wünschen mögen, und die Annahme einer Resolution über den politischen Streik, die nicht die scharfe, entschiedene Antwort auf die neuesten Drohungen und Herausforderungen unsrer Feinde darstellt, wie sie uns angebracht erschienen wäre, der der Geist der Offensive fehlt, die sie hätte haben müssen. Aber es bleibt immerhin als Gewinn ein erneuter kräftiger Vorstoß für den preußischen Wahlrechtskampf, der für die Arbeit unsrer preußischer Genossen nicht ohne nützliche Folgen bleiben wird. Die Logik der Tatsachen hat sich wieder einmal stärker erwiesen als die der Menschen. Der Parteivorstand war ausgezogen, um die „Massenstreikaktionäre“ zu erlegen, und Genosse Scheibemann hat als sein Speerführer das möglichste getan, um diese schwierige Aufgabe zu erfüllen. Nachdem er aber die Drachen Sozialfaschismus und Rutschismus getötet, die er, wie Genossin Rosa Luxemburg in ihrer ähndenden Satire erklärte, selbst ausgedrückt hatte, so führte ihr die politische Notwendigkeit und die unumgängliche Reaktion gegen die Rede des Genossen Bauer selbst dem Lager der „Massenstreikaktionäre“ näher, und so wurde sein Schlußwort, so wenig erfreuliche Partien es sonst auswies, zu einer Deklaration, die die an sich unzulängliche Massenstreikresolution des Vorstandes bei weitem genießbarer machte. In

seiner wichtigen Schlußrede hat Genosse Ebert dann diese Deklaration noch unterstrichen und verschärft. „Wahlreform in Preußen oder Massenstreik!“ Diesen Ertrag der Debatte können auch diejenigen Genossen, die sich um die Resolution Luxemburg scharten, gutheißen. Alle ihre Forderungen sind freilich nicht erfüllt, aber die Erörterung hat der Klärung des Problems vorgearbeitet und die Minderheit, die sich auf die Resolution Luxemburg vereinigte, ist nicht gering.

Bremer Bürgerzeitung.

Je besser man nach dem Schluß des dritten Jenaer Parteitags die Gesamtheit seiner Debatten überblickt, um so mehr tritt hervor, daß seine größte Bedeutung in den Diskussionen der beiden ersten Tage über den Massenstreik liegt. War Chemnitz ein Parteitag der Unentschlossenheit, der Unklarheit, so war das diesjährige Jena ein Parteitag der Klärung. Der jaghafte Geist der Dämpfung, der aus Mißtrauen gegen die eigene Kraft glaubte, sich auf bürgerliche Hilfe stützen zu können, war hier gewichen. Die Frage, um die gestritten wurde, war die, in welcher Weise das Proletariat sich aus eigener Kraft am besten und sichersten vorwärts- und aufwärtskämpfen kann.

Jetzt zeigte sich's, daß in der Partei die Auffassung schon tief eingedrungen ist, daß der Massenstreik als ein notwendiger Bestandteil zum revolutionären Kampfe des Proletariats gehört und die natürliche Konsequenz einer angreifenden Kampfakt bildet, die sich bewußt ist, daß ihre Kraft in den Massen liegt. Daß diese Auffassung sich so stark ausgebildet hat, ist einerseits eine Wirkung der Erfahrung der verflohenen 7 Jahre mit ihrer ungeheuren Verschärfung der Klassengegenstände, andererseits eine Wirkung der geistigen Entwicklung der Partei, der wachsenden theoretischen Einsicht, die durch unermüdete Aufklärungsarbeit in Presse und Versammlungen in den Massen gereift ist.

Anderes steht es mit demjenigen Punkte der Tagesordnung des Parteitags, der nach der Massenstreikfrage der bedeutungsvollste war. In der Steuer- und Deckungsfrage kann von einer Klärung nur sehr bedingt gesprochen werden. Südum hat recht, als er in seinem Schlußwort diese Debatte als eine „erweiterte Fraktionsitzung“ bezeichnete. In der Tat hat die ganze Debatte darin bestanden, daß die Parlamentarier den Streit, den sie in den Fraktionsitzungen miteinander geführt hatten, hier noch einmal vor versammeltem Volk aufführten, und sich gegenseitig mit ihren „ollen Kamellen“ um die Ohren schlugen. Daß dabei kein anderes Schlussergebnis herauskommen würde, als daß der Parteitag den Standpunkt der Fraktion billigte, stand von vornherein fest.

Hamburger Echo.

Aber wenn es sich in der Massenstreikfrage wesentlich um Grabe in der Beurteilung der Möglichkeiten und der Bedingungen handelte, so kamen bei der Besprechung der Steuerfrage sich scharf entgegengesetzte Auffassungen zum Vorschein. Wir glauben aber nicht fehlzugehen, wenn wir sagen, daß hier die Schärfe des Gegenstandes weniger aus der Sache selbst stammte, als daher, daß die Diskussion an einen mißlichen konkreten Fall anknüpfte. Auch die Debatte über den Massenstreik litt ja darunter, daß sie zu einer unglücklichen Zeit herbeigerufen wurde und daß sie mehr auf vorhergegangene Behauptungen und -polemiken zugespielt wurde, als auf die Kernfrage. In weit höherem Grade war das aber bei der Steuerfrage der Fall. Genosse Emmel hatte durchaus recht, wenn er ausführte, daß eigentlich keine der vorliegenden Resolutionen befriedigen könne, sicherlich auch keine die endgültige Lösung bringe, und daß erst dann, wenn die Differenz in der Fraktion über die Deckungsvorlage nicht mehr hineinspielt, eine theoretisch wie praktisch befriedigende Formulierung gefunden werden könne.

Tatsächlich wird der Beschluß des Parteitags, die Annahme der Württembergischen Thesen, nur als vorläufige Erledigung der Frage aufgefaßt werden können. In einer Erklärung, die einige Hamburger Delegierte einreichten, wird denn auch festgestellt, daß ihr „Ja“ lediglich die Zustimmung zum Prinzip bedeute, nicht aber zu den Einzelheiten. Und sicherlich ist auch von andern Parteitagsgliedern das Wort nicht als für allezeit die weitere Erörterung des Themas überflüssig machend oder gar abschließend gedacht worden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik im Stettiner Hafen. Wie aus Stettin berichtet wird, hat der Magistrat die Absicht, den Hafenbetrieb Privatunternehmern zu übergeben. Damit würde er auf bequeme Art der Verantwortung enthoben sein, für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiter eintreten zu müssen. Ein von Hamburg erwarteter Transport von Arbeitswilligen ist auch am Dienstag nicht eingetroffen. Der Streik hat die schon mitgeteilte Ausdehnung erfahren. Die Schiffsarbeiter (Kontaktarbeiter) haben die Arbeit niedergelegt, weil sie sich nicht der neuen Verordnungen fügen wollen, wonach die Hafenarbeiter nur mit einer polizeilichen Kontrollmarke den Betrieb betreten dürfen.

Der Streik der Militärattiler der Firma Ludewig (Berlin) wegen Anerkennung des Tarifs dauert noch unverändert fort.

Achtung, Porzellanarbeiter! Die Arbeiter der Firma „Deutsche Speditions-Porzellanwerke“ Rabenau u. Bernitzel in Lauf hat am letzten Lohnzahlungstag sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen von ihrem tarifmäßigen Stundenlohn Beträge von 4 bis zu 10 Pfg. pro Stunde in Abzug gebracht. Zugug nach Lauf fernhalten!

Die parteiische Staatswerft. Der Streik auf den Seeschiffswerften ist beendet. Die Arbeiter haben auf Verlangen ihrer Organisationen bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen. Eine größere Anzahl Arbeiter wird nach dem Tempo zu urteilen, in dem die Wiedereinstellung erfolgt, keine Arbeit erhalten. Viele Werftarbeiter finden den Unternehmerarbeitsnachweis der Eisenindustriellen nicht wieder auf, sondern bemühen sich um Stellung an andern Orten. Die kaiserliche Werft in Wilhelmshaven nun sucht Arbeitskräfte und

es wurden von der kaiserlichen Werft auch einige von den Werftorten kommende Leute eingestellt. Damit aber sind die Privatwerftbesitzer natürlich nicht einverstanden, sie scheinen entsprechende Schritte unternommen zu haben, um die Einstellung der Ausständigen anderwärts zu verhindern. In diesem Sinne ist zweifellos auf die kaiserliche Werft in Wilhelmshaven eingewirkt worden, und sie folgt dem Wink und hilft mit, die Arbeiter in die alten Arbeitsstätten zurückzutreiben! Seit einigen Tagen nämlich werden aus den Werftorten kommende Leute von der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven zurückgewiesen. Mitte der vorigen Woche ereignete sich ein Fall, der das klar beweist. Der Konflikt auf der Privatwerften ging die kaiserliche Werft gar nichts an, sie war völlig unbetelligt daran. Daher stellt ihre neueste Maßnahme eine offene Parteiung für die privaten Seeschiffswerften zuungunsten der Arbeiter dar, die auf die Arbeiter empörend wirken muß.

Der Knabenmörder Ritter vor Gericht.

H. F. Berlin, 23. September.

Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann teilt in der Verhandlung am Dienstag mit, daß der Angeklagte zweimal in Laibach und einmal in Wien auf seinen Geisteszustand untersucht worden sei. Er sei stets für geistig minderwertig, aber nicht für geistesgestört erklärt worden. — Medizinalrat Dr. Hoffmann, der die gerichtliche Leiche des Getöteten untersucht hat, teilt mit: Er habe festgestellt, daß der Tod durch Erwürgen mit einem Strick erfolgt sei. — Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann erstattete darauf sein Gutachten. Der Angeklagte sei ein geistig beschränkter Mensch, der oftmals an Kopfschmerz und an Dämmerzuständen gelitten habe. Dazu kommt die anormale sexuelle Veranlagung, die dem Angeklagten angeboren sei. Der Angeklagte habe einen femininen Einschlag. Dafür spricht schon der Umstand, daß er schon in Oesterreich gern Frauenkneipen besuchte und auch Kindern gern Märchen erzählte. Er hat Talent für weibliche Arbeiten, er lachte gern und gut. Wenn die Tat ist nicht auf sexuellem Boden entstanden. Der Gedanke, den Knaben zu befechtigen, ist ihm erst gekommen, als der Knabe einen

Erpressungsversuch

unternahm. Der Knabe drohte und schrie, der Angeklagte befürchtete deshalb, seine gute Stellung zu verlieren und angezeigt zu werden. Leute von der Veranlagung des Angeklagten verstoßen häufiger gegen die Strafbestimmungen als normale Menschen. Die Hemmungen sind bei solchen Leuten weniger stark. Jedenfalls ist der Angeklagte geistig minderwertig, aber nicht geistesgestört im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs.

Dr. med. Magnus Sirschfeld: Er habe eine Reihe wissenschaftliche Bücher über Homosexualität geschrieben und etwa 11 000 Homosexuelle ärztlich untersucht. Er sei ebenfalls der Meinung, die anormale Veranlagung bei dem Angeklagten sei angeboren. Dieser Umstand schließt aber keine freie Willensbestimmung nicht aus. Der Homosexuelle sei für seine Handlungen ebenso verantwortlich wie jeder andre. Das Verbrechen des Angeklagten liege auch nicht auf geschlechtlichem Gebiet. Der Angeklagte sei naturgemäß durch die Drohungen und das Schreien des Knaben in große Erregung und Angst geraten. In solchen Fällen seien die Homosexuellen gemeist depressiv, nicht aber aggressiv. Der Breslauer Landgerichtsdirektor Haffe habe allerdings vor einigen Jahren an der Hedwigstraße auf seinen Erpresser geschossen. Das sei aber ein großer Ausnahmefall. Die Homosexuellen seien, wenn sie erpreßt werden, gemeist zum Selbstmord geneigt,

nicht aber, den Erpresser zu töten. Er sei der Ansicht, man könne weder bestimmt sagen, der Angeklagte sei im Sinne des § 51 zu beurteilen, aber auch nicht das Gegenteil. Der Geisteszustand des Angeklagten sei vom ärztlichen Standpunkt als zweifelhaft zu bezeichnen. Er halte den Angeklagten für gemeingefährlich; er gehöre dauernd ins Irrenhaus.

Sanitätsrat Dr. Koerber: Er habe sich seit vielen Jahren mit der Affekttheorie beschäftigt. Er sei der Ansicht, der Angeklagte habe die Tat unter einem solchen Affekt begangen, daß er im Augenblick nicht bei vollem Bewußtsein war. Der Geisteszustand des Angeklagten stehe zum mindesten an der Grenze des § 51. — Dr. med. Ernst Burghard: Er habe sich viel mit Psychiatrie beschäftigt und habe jahrelang in einer Anstalt, in der er als Arzt tätig war, unter Epileptikern gelebt. Der Angeklagte sei ein jo schwerer Psychopath bzw. Epileptiker, daß seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen sei. Wenn auch nicht jeder Epileptiker geistesgestört sei, so sei das doch bestimmt der Fall bei epileptischen Anfällen. In einem solchen epileptischen Anfall war die freie Willensbestimmung des Angeklagten zweifellos ausgeschlossen.

Dr. med. Goldheim: Er habe den Angeklagten einmal körperlich untersucht. Der Angeklagte habe an Kopfschmerz und Schlaflosigkeit gelitten, geistige Minderwertigkeit habe er nicht wahrgenommen. — Medizinalrat Dr. Hoffmann: Er sei ebenfalls der Meinung, daß Homosexuelle für ihre Handlungen ebenso verantwortlich seien wie andre. Er sei der Ansicht, daß der Angeklagte über den Erpressungsversuch in große Wut und Erregung geraten sei, immerhin brauchte ihn dies nicht zu veranlassen, den Knaben zu töten. Der Angeklagte sei geistig minderwertig, aber nicht geistesgestört im Sinne des § 51.

Kriminalkommissar Dr. Kopp: In seiner 10jährigen amtlichen Tätigkeit sei ihm ein 12jähriger Erpresser noch nicht vorgekommen. Der jüngste Erpresser, den er kennen gelernt habe, sei 16 Jahre gewesen. Es gehöre doch zur Erpressung ein gewisser Grad von Verstandesfähigkeit. Trotzdem halte er die Erzählung des Angeklagten für glaubhaft, nachdem er gehört habe, daß der Getötete trotz seiner großen Jugend ungemein raffiniert und geldgierig gewesen sei und augenscheinlich sich bereits durch Hingabe zu untaubern Dingen Geld verdient habe. Vor einiger Zeit habe er zwei Schüler verhaftet, die einer Varieté-Sängerin ge-

Marktberichte.

Magdeburg, 28. Septbr. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verbleiben für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg...

Viehmarkt.

Magdeburg, 28. Septbr. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 601 Rinder, und zwar 67 Ochsen, 179 Bullen, 255 Färren und Kühe...

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jangbunzlan, Saun, Subweis) and water level changes for 21. and 22. Septbr.

Table with columns for location (e.g., Bardubitz, Brandeis, Meinit) and price changes for 21. and 22. Septbr.

* Auffig, 24. September. Begehrstand + 0,71. Vom Oberlauf werden 11 Zentimeter Fall gemeldet.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 23. September. Aufgebote: Schriftföher Hermann Schreiber mit Luise Clebe. Gärtner Rudolf Danforth mit Emma Trebesius...

Geburten: Kurt, S. des Arbeiters Franz Kresse. Alice, T. des Kaufmanns Paul Schallbach. Walter, S. des Geschäftsführers Hermann Klare...

Burg. Aufgebote: Schiffbrüder Paul Friedrich Droschmann mit Berta Trippler. Lehrer Bernhard Ernst Walter Gullborn hier mit Martha Alma Grub in Dreileben...

Advertisement for B. Pabst featuring a child with a megaphone and text: 'Alle neusten Schlager! Kant und Miete. Auch Pathé nedellis.'

Advertisement for Van den Bergh's Clever-Stolz featuring a product image and text: 'Van den Bergh's Clever-Stolz Margarine Frisch im Ausstich.'

Advertisement for Henriette Schau featuring text: 'Henriette Schau Lüneburger Straße 41, am Kaiser-Otto-Ring. Besonders vorteilhaft und reell kauft Sie in meinem Spezialgeschäft.'

Advertisement for Brautleute! Möbelkäufer! featuring text: 'Wegen Aufgabe meines Ladens verkaufe sämtliche Möbel zu jedem annehmbaren Preise.'

Large advertisement for Patentrebüro Peters featuring a grid of various services and contact information: 'Patentrebüro Peters Patentenstr. 29. Magdeburg.'

Advertisement for Konsumverein Aschersleben u. Umgeg. featuring text: 'Konsumverein Aschersleben u. Umgeg. - E. G. m. b. H. - Kartoffeln (Magnum bonum) treffen im Laufe dieser Woche ein...'

Advertisement for Abzahlungsgeschäfte featuring text: 'Auf Credit. Möbel, Betten, Polsterwaren. S. OSSWALD. Warenkreditgeschäft, Magdeburg, alte Ulrichstr. 14.'

Advertisement for Bezugsquellen-Verzeichnis featuring a list of suppliers and their products: 'Warenhäuser, Gommern, Neuheidensleben, Oschersleben, S. Hamlet, Schönebeck a. Elbe, Wolmirstedt.'

Tapetenfabrik Magdeburg G. m. b. H.

Inhaber: Otto Kempfe

verkauft, um die Fabrikräume schleunigst frei zu bekommen, ihr Gesamtlager

moderner Tapeten in bekannter solider Ausführung.

Ingrains (Wollpapier) früher 1.40—1.60 jetzt 0.40—0.60
 Fondtapeten früher 0.80—1.50 jetzt 0.25—0.50
 Naturelltapeten größere und kleinere Reste . . . von 10 Pf. an

Der Verkauf findet nur noch

Kaiser-Wilhelm-Platz 9 statt.

Fernsprecher 8561.

Rühnzettel der Magdeburger Volksküche
 Große Marktstraße 12.
 Donnerstag: Peringsklops mit Salzkartoffeln.
 Freitag: Schellfisch mit Kartoffelsalat.
 Samstag: Brühspitze mit Rindfleisch und Rindfleisch.

Sicherleben.
 Donnerstag den 25. Septbr.

Volksvereins-Versammlung
 im Fürstehof, Stapsfurter Höhe.
 Tagesordnung:
 1. Bericht vom Parteitag.
 2. Berichtstag in Schönebeck.
 3. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.
 3711

Die Waffen nieder!

Bekanntmachung.

Laut Beschluß des königlichen Oberversicherungsamts vom 27. August 1913 wird die Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg am 31. Dezember 1913 geschlossen.
 Wir geben dies hierdurch öffentlich bekannt und weisen darauf hin, daß seitens der Kasse Zahlung an die Gläubiger, die ihre Forderung nicht binnen drei Monaten nach dieser Bekanntmachung anmelden, verweigert werden kann.
 Magdeburg, den 25. September 1913.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Magdeburg.
 Gustav Mietz, Vorsitzender. 3903

Bessere gebr. Möbel
 jeder Art, ganze Wirtschaften, sehr billig. Möbel-Werke, Wühlhans, Knochenhauerer Str. 74/75, pt. Telefon 4168.

Teppiche
 in sämtlichen Farben, darunter zurückgekehrt mit kleinen Webefehlern, fast für die Hälfte, schon von 9 Mark an. 3701
Jakobstraße 17, 1. Et.

Winterkartoffeln
 Industrie pro Zentner 2.50 frei Keller. 2841
Wilhelm Ebert, Zubenburg, Bichtelstraße 30.

Verkauf Donnerstag den 25. September eine Lore
Magnum-bonum-Kartoffeln
 a Zentner 1.70 M. ab Zubenburger Bahnhof. 2842
Paul Zernecke jun., Bergstraße 14.

Prima Winterkartoffeln.
 Industrie und Magnum bonum a Zentner 2.25 M. Winterkartoffeln, nur große Ware, a Zentner 1.80 M. 2821
Paul Zernecke jun., Bergstr. 14.

Spezialbeh. Weber
 Gummelreicht. 3. am Bahnh., feißiger und veralteter Fälle
Haut- und Geschlechtsleiden
 Beinschäd., Blaf., Nervenl. Honorar mäßig, v. jed. leicht durchführb. 9-13 u. 2-4, abds. 7-9; Sonnt. 9-1.

Armbanduhr . . . v. 4.50 an
 Armbanduhr, verg. v. 6.50 an
 Armbanduhr, Silb. v. 14.00 an
 Armbanduhr
 la. Gold-Dublet. von 16.00 an
 Armbanduhr
 0.585 Gold . . . von 43.00 an
 Katalog gratis und franko über
 Uhren aller Art
 Gold- und Silberwaren
 Sprechmaschinen v. 12.50 an
 Schallplatten, 2. Teil v. 0.90 an
 Mund- u. Handharmonikas,
 Feuerzeuge, Ersatzteile, ver-
 silberte Besteckwaren, Kaffee-,
 Kaffee- u. Teezerwecke, Tafel-
 aufsätze, Bowlen.

Rasier-Apparate!
 Auf alle Uhren Garantie.
 Reparaturen in eigener Werkstatt.
Teilzahlung gern gestattet.
 Fernsprecher 4645.
 Einzelverkauf im Laden
 an gros l. Etage.
 Vereine u. Wiederverkäufer
 hohen Rabatt!

S. Krell
 Katharinenstr. 11
 früher lange Jahre Dreieckstr. 4.

Moderne Zimmeruhren
 Weder, Herren, Damen-
 und Kinderuhren, Uhren-
 ketten, Schmuckfäden,
 taufen Sie sehr vorteil-
 haft bei 3510
**H. Schlitze, Uhrmachermeister,
 Buckau, Schönhauser Str. 115,
 gegenüber der Dorotheenstraße.
 Reparaturen sorgfältig.**

ZENTRAL THEATER
 Nur noch wenige Tage
Die Kino Königin

Freitag! 800!
 In Anwesenheit
 des Komponisten
Jean Gilbert
Subiläums-
Vorstellung
 Zum 25. Male:
Die Kino-Königin
 Eintrittskarten bereits
 jetzt erhältlich.

Stadttheater
 Donnerstag, 25. September
 1. Abend. Serie Gelb.
 Schülerkarten haben Gültigkeit
Der Postillon von Lonjumeau
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr
 Freitag den 26. September
 Einmaliges Gastspiel Alm
Saccor.
Sigaras Hochzeit.

Fürstehof-Theater
 Eing. Bräuterei.
 Direkt. u. Leitung
 H. P. Müller-Lipart Ww.
 Täglich 8.20
Neu! Neu!
 Der glänzende
 Theater- u. Spe-
 zialitäten-Spielpl.
 u. a.:
Im Strandbad
 Baden, Zuheln
 ohne Ende!
 Vorzugskart. gel.

Wilhelm-Theater
 Donnerstag den 25. September
Der lachende Chemann.
 Freitag den 26. September
Gasparone.
 (Der Bandit von Syrakus.)
 Sonnabend den 27. September
 Unter persönlicher Leitung des
 Komponisten.
 Uraufführung!
Hoheit, der Franz.
 Eine musikalische Groteske in
 3 Akten von Arthur Schnitzler
 u. Willi Wolff. Musik von
 Robert Winterberg.

Stephanshallen
 — Dir. Rich. Frohocz. —
 Abends 8 Uhr 3020
Varieté-Vorstellung.
 Streng dezentes Programm
 für Familien-Publikum.
 Vorzeiger dieser Annonce
 hat außer Sonnabend und
 Sonntag freien Eintritt.

Aufruf.
 Warne jeden, meiner Frau auf
 meinen Namen etwas zu borgen,
 da ich für nichts aufkomme. 2834
Otto Behling, Farmerleben.

Deutscher Bauarbeiterverband
 Zahlstelle Groß-Ottersleben.
Nachruf.
 Am 21. September starb
 unser langjähriges Mitglied
Andreas Babis
 im Alter von 65 Jahren an
 Lungendruhen.
 Ein ehrenvolles Andenken
 ist ihm gesetzt.
 3588 **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse
 für die im
Zimmergewerbe beschäftigten Personen
 zu Magdeburg.
Bekanntmachung.
 Gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß unsere Ortskrankenkasse mit dem Ablauf des 31. Dezember 1913 geschlossen wird.
 Hierbei weisen wir darauf hin, daß die Befriedigung von Gläubigern, die ihre Forderungen nicht binnen drei Monaten nach der Bekanntmachung anmelden, verweigert werden kann.
 Magdeburg, 24. September 1913.
Der Rassenvorstand.
 J. Krug, Vorsitzender. 3904

Olvenstedt.
Sozialdemokratischer Verein.
 Donnerstag, 25. September, abends 8 Uhr
Mitglieder = Versammlung
 im Lokal von Max Neumann.
 Tagesordnung: 3748
 1. Bericht vom Parteitag. 2. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Achtung! Oschersleben Achtung!
Arbeiter und Arbeiterinnen!
 Zweck Gründung einer Arbeiter-Samariterkolonne
 findet am Donnerstag, 25. September, abends 8 Uhr, eine
Versammlung
 im Lokal des Herrn Klare, Bruchstraße Nr. 11, statt. 3901
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Zinke (Magdeburg). 2. Freie Aussprache.
 Im Interesse unserer guten Sache ersuchen wir die Arbeiter-schaft von Oschersleben um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen.
Der Einberufer.
 Paul Zinke, Magdeburg.

Zur Magdeburger Messe!
 Täglich Freitonzert.
Zu den drei Kaisern
 Am Domplatz Fernsprecher 5119
Das berühmte Damen-Orchester Rigoletto
 — 6 Damen — 3 Herren —
 Künstler-Soli — Harolds- u. Fanfarenmusik, Gasangseinlagen
 Großartige Kostüme. 3866
Im Garten täglich Kaffee-Konzert.

Zur Messe — Domplatz.
Möllini Theater
 Das weltberühmte
Möllini Theater
 ist nach langjähriger Abwesenheit wieder hier eingetroffen und gibt während der Messe täglich
gr. brillante Vorstellungen
 auf dem Gebiete der modernen Zauberei, Illusionen, Lichtbilder, Auftritte von Spezialitäten, Serpentinanz usw. Zum Schluss jeder Vorstellung Dr. Faust, die Original-Geister- u. Gespenster-Erscheinungen mit dem Sturz in den Höllenrachen.
 Das Möllini-Theater ist das einzige Theater, welches die Geister-Erscheinungen besitzt.
 Zu recht zahlreichen Besuch ladet ergebenst ein
Die Direktion.



Auswahlwahl zur neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Die Wahlen zum Ausfluß der Kasse finden am 25., 26. und 27. September statt. Gewählt wird

am 25. September von 6 bis 9 Uhr nachmittags,
 am 26. September von 11 Uhr vorm. bis 1 1/2 Uhr nachm. u. von 6 bis 9 Uhr nachm.,
 am 27. September von 11 Uhr vorm. bis 1 1/2 Uhr nachm. u. von 3 bis 9 Uhr nachm.

Das einzige Wahllokal ist im alten Harmoniegebäude, Peterstraße 1. — Alle Rassenmitglieder, die das 21. Lebensjahr erreicht haben, sind wahlberechtigt. Wahlberechtigt sind also auch die weiblichen und freiwilligen Mitglieder.

Die Mitglieder folgender Kassen, welche in die neue Allgemeine Ortskrankenkasse aufgehen, sind berechtigt und verpflichtet, an der Wahl teilzunehmen

- | | |
|---|--|
| <p>Allgemeine Ortskrankenkasse
 Kaufmännische Ortskrankenkasse
 Maurer-Ortskrankenkasse
 Zimmerer-Ortskrankenkasse
 Maler-Ortskrankenkasse
 Schneider-Ortskrankenkasse
 Ortskrankenkasse für Rum-, Spiritfabriken etc.
 Ortskrankenkasse für Kürschner und Mützenmacher
 Ortskrankenkasse für Reichsbetriebe, Dachdecker etc.
 Ortskrankenkasse für Salike</p> | <p>Betriebskrankenkassen der Firmen:
 Brauerei Buckau
 Brauerei Cracau
 Dommerich & Co.
 O. Felgenritzer
 Joerning & Sauter
 Bethge & Jordan
 C. W. Neumann
 Baugeschäft Plewinski
 Dörries Erben, Salike
 Gerwisch, Welslebener Rieswerke</p> |
|---|--|

Die wahlberechtigten Mitglieder dieser Kassen erhalten durch ihre Arbeitgeber **Wahlansweise**, welche zur Teilnahme an der Wahl berechtigen. Freiwillige Mitglieder holen den Ausweis bei der Krankenkassenverwaltung. Die neu versicherten Gruppen, Dienstmädchen usw., holen den Ausweis im Zimmer 16 des alten Rathhauses.

Der **Wahlansweis** ist bei der Wahl vorzulegen!

Gewählt wird nach dem System der Verhältniswahl. Die Wahl ist geheim!

Rassenmitglieder! Arbeiter und Arbeiterinnen! Es ist eure Pflicht an der Wahl teilzunehmen. Die Liste des Gewerkschaftsartikels muß einige Tausende Stimmen auf sich vereinigen, wenn die gegnerische Liste geschlagen werden soll!

Gewählt wird die Liste 1 des Gewerkschaftsartikels!

Stimmzettel gibt es nur im Wahllokal!

Auf zur Wahl und zum Sieg!

Der Vorstand des Gewerkschaftsartikels.
 J. A.: August Flügge, Vorsitzender.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 225.

Magdeburg, Donnerstag den 25. September 1913.

24. Jahrgang.

Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

In Anwesenheit von über 800 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nahmen am Donnerstag voriger Woche in Leipzig die Verhandlungen der Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ihren Anfang. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag, von deren gegenwärtigem Stande Gewerbegerichtsdirektor Doktor Brenner (München) eine ausführliche Uebersicht gab. Eine Uebersicht über die seit dem letzten Verbandstag vor 2 Jahren neu erschienene Literatur zum Rechte des Arbeitsvertrags gab Rechtsanwält Dr. Baum (Berlin). Schließlich berichtete der Vorsitzende des Stuttgarter Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, Dr. Waldmüller, über die Rechtsprechung auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags. Er betonte, daß es noch immer Meinungsverschiedenheiten gibt über die Abgrenzung einzelner Berufsstände. Ziel zu wünschen läßt auch noch die Rechtsprechung über die Konkurrenzklause. Der Redner macht eingehende Vorschläge für eine Reform der Rechtsprechung in dieser Frage. Zur Trübselbrennfrage führte er aus, daß die Gewerbegerichte fast ausschließlich eine Anstellung ohne Gehalt, bei der also die Angestellten nur auf die Trübselbrenn angewiesen seien, als gegen die guten Sitten verstoßend betrachtet. Im Zusammenhang hiermit stehe die Frage der Kantien, auf die nach den meisten Entscheidungen die Angestellten einen Anspruch haben, sobald sie vertraglich festgelegt sind und seit vielen Jahren gezahlt werden. Es sind dann nicht mehr reine Geschenke. Ausführlich bespricht der Redner die Frage der Gehaltsauszahlung während der Krankheit eines Angestellten. Es sei noch sehr streitig, ob bei längerer Krankheit die Gehaltszahlung vertragsmäßig ausgeschlossen werden könnte. Bei Tarifverträgen solle man die gesetzliche Gültigkeit nur dann anerkennen, wenn der Vertrag nicht von Organisation zu Organisation, sondern nur mit Einzelmitgliedern einer Organisation abgeschlossen ist, da eine Organisation an sich keinen Schadenersatz zu leisten braucht. — In der Debatte forderte der Arbeitnehmerbeisitzer Sammler (Dresden) den Verbandstag auf, Stellung zu nehmen gegen die Angriffe der Dresdner Handelstammer und des Deutschen Handelstags, die gesagt hätten, die Gewerbegerichte seien nicht objektiv und richteten nur in einem arbeiterfreundlichen Sinne. Weiter meinte der Redner, daß in den meisten Fällen die Angestellten ein Recht auf die Weichenabstufung haben müßten, weil sie sie auch bestreiten müßten. — Dann sprach Fall (Frankfurt a. M.) über Aufrechnung, Zurückhaltung und Verschlagnahme des Arbeitslohns. In der ausgedehnten Debatte hierüber meinte Reichsgerichtsdirektor Röfke (Berlin), daß man vor allem darauf sehen solle, daß die Gerichte das vorgeschriebene Existenzminimum von 1500 Mark jährlich nicht nach einer Wochenlohnung oder gar nach dem Tagelohn für die Pfändbarkeit berechnen. Darunter müßten die Arbeiter oft sehr leiden. Außerdem werde vorläufige Schadenzufügung, ja beinahe Diebstahl nur zu oft von seiten der Arbeitgeber angenommen, wo in Wirklichkeit nur eine Naturalentlohnung bestünde, wie z. B. bei Kürschnern und Sand-schuhmachern, die infolge Geschäftslage oder Sparmaßnahme beim Zurückhalten sich oft einen kleinen Vorteil verschaffen und den kleinen Materialgewinn für sich verwenden, das sei aber nach lange kein Diebstahl. In der weiteren Debatte bezeichnete Röfke, der Generalsekretär des Verbandes Berliner Metallindustrieller, die jetzigen Zustände über die Zurückhaltung und Verschlagnahme des Arbeitslohns als unbillig. (Zweimächtige Beifall.) Im Gegensatz zum Vorredner trat er dafür ein, daß das Existenzminimum bei der Pfändbarkeit nicht nach dem Jahresgehalt, sondern nach der Wochenlohnung berechnet werde. Jedenfalls müßte diese Frage gesetzlich geregelt werden, denn gegenwärtig sei die Rechtsprechung in jedem Landesteil verschieden und man wisse nicht, woran man ist. In Fällen vorläufiger Schädigung und ganz großer Zahlungsfristigkeiten müsse der Arbeitgeber das Recht der Zurückhaltung des Arbeitslohns haben.

In der fortgesetzten Verhandlung sprach Rechtsanwalt Doktor Singheim (Frankfurt a. M.) über „Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland“. Der Vortragende stellte die Forderung eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland zum erstenmal auf und wies ihre Notwendigkeit nach aus dem bestehenden Rechtszustand, der durch die Landesgesetzgebung verschiedenes Recht hervorbringt. Die Quellen sind unübersichtlich und nicht genügend abgegrenzt. Innerhalb der augenblicklich bestehenden Arbeitsrechtsquellen fehlt auf den wichtigsten Gebieten die innerliche Einheit und der zusammenfassende Ausdruck. Durch nutzlose Zuständigkeitsstreitigkeiten wird die Rechtsverfolgung gehemmt. Die Zentralisation des Rechtstoffes hat die Entlastung der Gesetzgebung zum Ziele, durch Zusammenziehung von einheitlichen Bestimmungen, durch reichsrechtliche Regelung der heute noch durch eine Summe von Landesgesetzen beherrschten Gebiete, durch Schaffung eines allgemeinen Teiles des Arbeitsrechts für alle Dienenden, der allgemeinrechtlich regeln sollte den Gesundheits- und Sittlichkeitschutz, die Arbeitszeit, die Sonntagsruhe, die Nachtarbeit, die Ueberarbeit, die Urlaubzeit, die Lohnsicherung, die wichtigsten Kündigungsgründe, die Verteilung zum Vertragsbruch, die Konkurrenzklause, die Arbeiterausschlüsse, das Koalitionsrecht, die Lehrlingsverhältnisse, die Fortbildungspflicht usw. Weiterhin müßten die verschiedenen Gruppen der Privatangestellten, die heute durch historische Zufälligkeiten unter verschiedenem Rechte leben, wie Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte, Werkmeister usw., berufrechtlich ausgeglichen werden, und zwar nicht unter einem einheitlichen Begriff des Privatangestellten, sondern unter Aufzählung der einzelnen Gruppen. Der Begriff des gewerblichen Arbeiters müßte rechtlich auf alle Arbeiter erweitert werden ohne Rücksicht darauf, ob ihre Dienste in einem gewerblichen Unternehmen geleistet werden oder nicht, also auf alle, die im dienstlichen Arbeitsverhältnis stehen. Weiterhin sollte man paritätische Rechtsberatungen einführen, indem man außergerichtliche staatliche Organe mit bestimmter Vollmacht zur Gesetzesvollziehung und Ausführung verleiht, z. B. Bundesrat, Berufsvereinigungen, Polizeibehörden usw. Man muß hierbei neue paritätische Stellen zum Zwecke der Gesetzesergänzung begründen, wie z. B. unter einem Arbeitsamt organisatorisch zusammengefasste Arbeitsbeisitzer. Zugleich müßte man die Gewerbe-, Kaufmanns- und Innungsgerichte zu Arbeitsgerichten erweitern.

Dr. Milenz, Generalsekretär des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten, wandte sich gegen den Vortragenden, indem er betonte, daß das einheitliche Recht unmöglich auf alle verschiedenen Gruppen angewendet werden könne und daß man die Privilegien mancher Gruppen, wie zum Beispiel Krankenversicherungen, nicht auf alle übertragen könne, weil dadurch die Industrie überlastet würde. Den Standpunkt der Arbeitnehmer vertrat Reichsgerichtsdirektor Robert Schmidt (Berlin), der sich im allgemeinen für das einheitliche Arbeitsrecht aussprach. — Dr. Kubarz (Berlin) betonte, daß man nicht außer acht lassen solle, daß die Unternehmer schon heute durch eine allzu große Sozialpolitik sehr bedrückt würden. Das Gesetz der Arbeitslosigkeit stehe drohend im Hintergrund. — Dr. Kurt Köhler vom Verein für Handlungskommiss 1858 dagegen lehnte sich alle Einzelheiten der Einkommen-

Vorschläge ab. Die Handlungsgehilfen könnten die gleiche wirtschaftliche Lage aller Angestellten nicht anerkennen. Ihm traten Stadtvordirektor Goldschmidt (Berlin) und Böring (Samburg) entgegen. Arbeitersekretär Wisell (Berlin) bezeichnete die Einzelmeinungen als epochemachend. Man könne sehr wohl alle Angestellten unter einen Hut bringen und die Handlungsgehilfen brauchen durchaus nicht so stolz zu sein und sich aus der Reihe der Arbeiter herausstellen. Der ganze Unterschied sei: der Arbeiter ist besser, der Handlungsgehilfe leidet sich besser. Auch die geistige Struktur sei ähnlich, denn neun Zehntel der Handlungsgehilfen hätten auch nur die Volksschule besucht. Schließlich sprach noch Dr. Heinz Böthhoff (Düsseldorf), der sich vollkommen auf Singheimers Standpunkt stellte. Man müsse für alle Angestellten ein einheitliches Arbeitsrecht schaffen. Wenn man nur ein Minimum finde, dann werde sich die Einheit sehr leicht durchführen lassen. — Auch eine große Reihe weiterer Redner erkannten die Notwendigkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts an.

Magistratsrat von Schulz (Berlin) hob die zivilprozessuale Bedeutung der Schiedssprüche der Einigungsämter und tarifliche Schiedsgerichte hervor und wünschte, daß endlich die Tarifverträge durch die Gesetzgebung volle Rechtsfähigkeit erhalten und gesetzlich lagbar und vollstreckbar werden. Diese Ausführungen unterstrich in der Debatte Reichsgerichtsdirektor Dr. Weber, der betonte, daß man nach den Verfügungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück bald die Verwirklichung der gewünschten vollen Rechtsfähigkeit der Tarifverträge erwarten könne. Dann sprach Reichsrat Dr. Wagner (Münster) über die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Er führte aus, daß die Frage der Vertretung der Parteien für alle Beteiligten von größter Bedeutung und Wichtigkeit ist. Die bisherigen praktischen Erfahrungen hätten gelehrt, daß Uebersetzungen der gesetzlichen Bestimmungen notwendig sind. Es ist dringend notwendig, Abhilfe zu schaffen, soll nicht besonders für auswärtige Parteien, die trotz aller Bemühungen einen Vertreter vor Gericht nicht verschaffen können, ein Zustand der Schutzlosigkeit entstehen. Es wird zu erwägen sein, ob Rechtsanwälte auf Antrag der Parteien und in Berufungssachen zugelassen sind. Eine Prozeßvertretung prinzipiell nicht zu gestatten, ist bedenklich.

Der zweite Referent, Rechtsanwalt Busch (Gladbeck) macht folgende Vorschläge: Um den Grundgedanken der Unmittelbarkeit bei dem Verhandeln vor Gericht zu wahren, ist im Gegensatz zu den Vorschriften der Zivilprozessordnung eine Prozeßvertretung prinzipiell nicht gestattet. Die Partei soll sich vor dem Gericht nur vertreten lassen können im Falle der erheblichen Entfernung ihres Aufenthaltsorts von dem Gericht und in den Fällen, in denen der Rechtstreit zugrunde liegende Sachverhalt nicht eigne Wagnahme der Parteien gewesen ist. Der zweite Fall ist für den Fall vorgesehen, in dem die Unmittelbarkeit bei dem Verhandeln doch nicht durchgeführt werden kann, z. B. in Großbetrieben, in denen der Chef nicht unmittelbar mit den Angestellten verkehrt. Als Beistände sollen sämtliche Personen auftreten können, die auch nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung als Beistände auftreten können, also auch Rechtsanwälte und solche Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben.

Den beiden Referaten folgte eine Debatte, in der ungefähr 20 Redner von seiten der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der Rechtsanwaltschaft sprachen. Es handelte sich hauptsächlich um die Frage, ob fortan die Rechtsanwälte auch als Vertreter bei Sondergerichten zugelassen werden sollen. Die meisten Redner von den Arbeitnehmern sprachen sich strikte dagegen aus. Alsdann sprach Fritz Mantel, Vorstandsmittglied des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, über die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebäude vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Der zweite Referent hierzu, Stadtvordirektor Gronewaldt (Berlin), wiederholt in der Hauptsache die Ausführungen des Vorredners, betonte aber, daß man bei den Ortsgebäuden darauf achten solle, daß beide Parteien damit einverstanden sind. Er betont weiterhin, daß man mit den Ortsgebäuden nicht immer auskommen kann, da die lokalen Unterschiede unüberbrückbar seien. Nach kurzer Debatte schloß dann der Vorsitzende, Magistratsrat von Schulz (Berlin), den Kongreß.

Gewerkschaftskartell Magdeburg.

Sitzung vom 23. September 1913 im „Sachsenhof“.

Es fehlten die Vertreter der Fleischer und Sattler. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Ablebens unseres Genossen Vebel, worauf sich die Anwesenden zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben.

1. Mitteilungen. Sekretär Bernick wies zunächst auf das Programm des Bildungsausschusses für das nächste Winterhalbjahr hin und bot um regen Besuch dieser Veranstaltungen. Sodann teilte der Redner ein Schreiben der Turnerschaft Magdeburg mit, worin diese die Gewerkschaften um die Freibaltung des 8. November eruchtet, da an diesem Abend die freien Turner ein größeres Fest im „Luisenpark“ planen, zu dem sie einen starken Besuch der Arbeiterkassen erwarten.

2. Kassenbericht vom 2. Quartal über die Kartelle. Bibliotheks- und Bildungsausschüsse. Zu den gebucht vorliegenden Kassenberichten gab der Kassierer Königstadt noch einige Erläuterungen. Der Einnahme des Gewerkschaftskartells von 15 207,36 Mark stand eine Ausgabe von 4746,88 Mark gegenüber, so daß ein Bestand von 10 460,48 Mark vorhanden ist. Die Arbeiter-Zentralbibliothek hatte bei einer Einnahme von 2035,73 Mark und einer Ausgabe von 1886,95 Mark einen Kassenbestand von 48,78 Mark aufzuweisen. Die Einnahmen und Ausgaben des Bildungsausschusses balancierten mit 962,20 Mark. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

3. Abstimmung über den Antrag der Bibliothekskommission: Erhöhung der Kartellbeiträge. Hierzu war den Delegierten bereits eine kurze Begründung zugegangen. Sekretär Bernick machte außerdem noch einige Ergänzungen, wobei er darauf hinwies, daß Verhandlungen über die Einrichtung von Wanderbibliotheken für die umliegenden Dörferchen im Gange sind. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich die Genossen Bremer, Meißner, Wittmann und Bernick beteiligten, wurde über folgenden Antrag der Bibliothekskommission nach Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkschaften abgestimmt: „Der Beitrag für die Arbeiter-Zentralbibliothek wird vom 1. Juli 1913 an auf 30 Pf. pro Mitglied und Jahr erhöht.“ Der Antrag wurde von 28 Gewerkschaften mit 24 058 Mitgliedern gegen vier Gewerkschaften mit 4183 Mitgliedern angenommen. Nicht beteiligt an der Zentralbibliothek sind sechs Gewerkschaften mit 2499 Mitgliedern, während zwei Gewerkschaften mit 214 Mitgliedern fehlten. Hierauf gab Bernick dem Wunsch Ausdruck, daß die jetzt noch fernstehenden Gewerkschaften sich der Zentralbibliothek anschließen möchten.

4. Die bevorstehenden Wahlen zu den Ortskrankenkassen, zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht gaben den Sekretären Nöfinger und Bernick Gelegenheit, auf die Wichtigkeit dieser Wahlen hinzuweisen und die Anwesenden aufzufordern, alles daranzusetzen, um den Wisten des Gewerkschaftskartells zu einem glänzenden Siege zu verhelfen.

Provinz und Umgegend.

Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg.

Sozialdemokratische Frauenkonferenz 1913.

Der Bezirksvorstand beruft hierdurch im Einverständnis mit dem Bezirksausschuß zum Montag den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr, unsere diesjährige Frauenkonferenz nach Magdeburg, Restaurant „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c, ein.

Tagesordnung:

1. Die Organisationsarbeit der Frauen. Referent: Herm. Weims.
2. Wie schulen wir unsere Frauen für die proletarischen Kampfkämpfe? Referentin: Genossin Bieh (Berlin).
3. Die „Gleichheit“ und ihre Verbreitung in unsern Organisationen. Referentin: Frau Bollmann (Halberstadt).
4. Die Tätigkeit der Kinderchulskommissionen. Referent: Arbeitersekretär Udenutsch.
5. Sonstige Angelegenheiten.

Parteilosengenen! Parteilosengenen! Die Verhandlungen auf dem Jenaer Parteitag haben aufs neue dargelegt, wie notwendig die Mitarbeit der proletarischen Frauen in der sozialdemokratischen Bewegung ist. Die Arbeiterfrauen für den Klassenkampf zu schulen, ist eine der ersten Aufgaben unserer Parteiorganisationen. Diesem Zwecke soll die Konferenz dienen, und deshalb erwarten wir, daß alle größeren Ortsgruppen eine Genossin zu dieser Tagung delegieren werden.

Da die Delegation auf Kosten der Kreisorganisation erfolgt, so eruchen wir die örtlichen Parteileitungen, eine Verständigung mit dem Kreisvorstand herbeizuführen.

Die örtlichen Parteileitungen wollen bis zum 15. Oktober dem Bezirksvorstand die Adressen der Delegierten mitteilen.

Magdeburg, den 24. September 1913.

Gr. Münzstraße 3.

Mit Parteilug

Der Bezirksvorstand. J. U. G. Weims.

Obstfest, 24. September. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet unsere Mitglieder-versammlung statt. (Siehe heutiges Inserat.) —

Althalbendsleben, 24. September. (Volksfürsorge.) Die nicht anders zu erwarten war, sind die Erfolge der Volksfürsorge nicht ausgeblieben. Eine stattliche Anzahl von Versicherungsschuldschülern sind schon durch die rührige Tätigkeit der Genossen ausgeführt worden. Fast täglich werden neue Abschlüsse gemacht. Verschiedene Damen und Herren bemühen sich, für Privatversicherungen, die ähnliche Namen haben wie die Volksfürsorge, Dummge zu fangen. Unsere Arbeiter wollen daher beachten, daß in Althalbendsleben nur folgende Genossen herberichtet sind, Versicherungen für die Volksfürsorge abzuschließen: Hermann Schulze, Kurze Straße; Gustav Helmcke, Kirchgartenstraße; Martin Philipp, Lindenplatz; Max Bilz, Nordstraße; Nikolaus Winter, Hagenstraße. Letzterer gibt auch in allen Versicherungsfragen bereitwillig Auskunft. Keine Versicherung für Privatgesellschaften I, das sollte jedes Arbeiters Parole sein. —

Ungarn, 24. September. (Erbärmlich entlohnte Arbeit.) Um ihr färgliches Einkommen ein wenig zu erhöhen, suchen die Arbeiter jede Gelegenheit auszunutzen. Hier nehmen die Familien in der Regel von den Herren Bödelmann u. Lude oder einem andern großen Zwiebelbauern einige Morgen. Zwiebeln in Bearbeitung. Den ganzen Sommer hindurch muß man die Familie bestreben sein, den Acker möglichst von Unkraut zu säubern, um nicht fast Zwiebeln gar Unkraut zu ernten. Beim Mahen der Ernte muß alles Weine hat heran, um dafür zu sorgen, daß der Ertrag so bald als möglich eingebracht wird. Mit dem Lohn ihrer Mahen stellt es aber sehr oft recht traurig aus. Auf einem Morgen werden zirka 80—100 Zentner Zwiebeln geerntet, für jeden Zentner erhält der Bearbeitende 50 Pf., also den horrenden Preis von 40—50 Mark pro Morgen. Oft aber kommt es vor, daß der Weiser, sobald er die Zwiebeln im Trocknen hat, nach lange nicht daran denkt, den Lohn dafür auszugeben. Wochen, selbst Monate vergehen oftmals, ehe es den Herren paßt. Den ganzen Sommer mühte harte Arbeit geleistet worden, der larme Lohn dafür wird noch nicht einmal ausgezahlt, wenn sie beendet ist. Ein Beweis für das Wohlwollen, die die Agrarier den Arbeitern entgegenbringen. Die Arbeiter müßten endlich einsehen, daß durch diese Arbeit und die Anstrengung ihrer Familien keine bessere Ertrags zu erringen ist. Einmütig sollten sie sich zusammenscharen und den Herren Agrariern zeigen, daß sie nicht länger gewillt sind, sich ausbeuten zu lassen. Deshalb fort mit der ganzen Zwiebelbearbeitung, solange die Herren sich nicht bequemen, bessere Löhne zu zahlen. —

Burg, 24. September. (Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins) findet am Donnerstag im „Hohenzollernpark“ statt. Den Bericht vom Parteitag gibt der Genosse Gehardt. Außerdem stehen die Wahlen zum Bezirksstag in Schönebeck auf der Tagesordnung. Es ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. —

(Die Flurbelichtung) muß jetzt wieder vorgenommen werden. Zwar sind die Hauswirte allein dazu gesetzlich verpflichtet, da aber die Mieter in fast allen Häusern diese Pflicht dem Wirt nach Uebereinkunft abgenommen haben, so tun nun auch diese gut, freiwillig am Abend das Flurlicht anzuzünden, um etwaige Unglücksfälle zu vermeiden. —

(Ein schönes Schauspiel) bot am Mittwoch vormittag der Flugführer Herr Röder den hierigen Einwohnern. Um seine Feld-pilotenprüfung zu absolvieren, beschrieb er in etwa 1000 bis 1200 Meter Höhe über der Stadt fünf Kreise in herrlich ruhigem Fluge. Nach vorgeschriebener Flugdauer von einer Stunde landete er von 200 Meter Höhe in gutem Gleitfluge. Mehrere Male war der Flieger in den weißen Wolken verschwunden. —

(400 Reservisten und Landwehrlente) werden am Mittwoch von hier nach Arns und Raumburg zu einer Uebung einberufen. Der Verdienst manches Familienvaters wird der Familie fehlen und Schmalhans wird während und nach der Zeit in der Küche zu Hause sein. Die Notwendigkeit einer solchen Uebung tritt so überaus deutlich zutage, wenn man bedenkt, daß die Leute schon am Dienstag eingezogen, hier unterrichtet und gemustert werden, dann 1½ Tage auf der Bahn unterwegs sind, bis sie zur Garnison an der äußersten Grenze Ostpreußens angelangt sind. Zur Rückfahrt ist dieser Zeit-dauer nötig. Rechnet man die zwei Sonntage noch ab, so bleiben noch rund 8 Tage Dienst mit Einkeiben und allem andern übrig, um den militärischen Drill wieder aus dem Effekt zu erlernen. Offenlichlicher faun die Geld- und Zeitverschwendung des Militarismus nicht gezeigt werden.

Garbelegen, 24. September. (Unser Parteiloka!) hat nun wieder Genosse Goldt übernommen. Der wiederholte Wechsel der Zuhaber im letzten Jahre hat auch ungünstig auf den Besammlungsbefuch eingewirkt. Hoffentlich wird es nun wieder besser. —

Halberstadt, 24. September. (Streitende Geistliche.) Seit Jahren sucht der Pfarrer Ram aus Wiltsleben seinen Amtskollegen und vorgesetzten Behörden zu beweisen, daß er zu Unrecht als geisteskrank in den Anstalt verlegt wurde. Seine Geschichte

Erbbaurecht. Der Antrag des Magistrats wird mit einigen Veränderungen angenommen. Einer Veränderung des Bauungsplans zwischen der Blankenburger Bahn, dem Spiegelsbergweg, der Westhäuser Straße und dem Feldweg südlich der Goldbachbrauerei wird zugestimmt. Nach Entlassung einiger Rechnungssachen erfolgte Schluss der arbeitsreichen Sitzung.

Kasse a. d. S., 24. September. (Diebstahl.) Der Arbeiter Willi Zimmermann von hier stahl am 31. Juli d. J. aus dem Kutschersuppen der Fabrik von Nicolai einen Mantel und eine Peitsche. Bei der Festnahme leistete er Widerstand und beleidigte die Polizeibeamten durch Schimpfbreden. Im Polizeigefängnis verurteilt er einen Strohdick und drei mollenen Schlafbetten. Der Angeklagte wurde wegen dieser Straftaten zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, worauf 3 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet werden.

Neuhaldensleben, 24. September. (Die Bahnstraße zertrümmert.) Am Montag abend ging der Einpänner des Güterpostzuges Friering, Hohenzollernstraße durch. Das Pferd sprang über die geschlossene Schranke an der Bahnhofstraße und zerbrach sie. Der gerade einfahrende Güterzug konnte noch rechtzeitig zum Stehen gebracht und dadurch weiteres Unglück verhindert werden.

Zeitungssatiration. Seit Montag abend ist eine erfreuliche Anzahl Genossen tätig, um den Abonnentenstand der „Volksstimme“ zu steigern. Aller Voraussicht nach wird die Arbeit von Erfolg gekrönt sein. Der Stand der Presse könnte aber immerhin noch ein besserer sein, wenn die Genossen das Zusammenlesen der „Volksstimme“, welches noch in vielen Fällen üblich ist, aufgeben würden. Ist denn die geringe Ausgabe, die das monatliche Abonnement ausmacht, wirklich so fühlbar, daß sich noch mehrere Familien darin teilen müssen? Das Zusammenlesen gibt stets Veranlassung zu Neugier und Unzufriedenheit. Man erhält die Zeitung in der Regel veripädet, verläumt, erceumelt wichtige Sitzungen, Versammlungen und dergleichen und erfährt die interessantesten Neuigkeiten erst, wenn sie veraltet sind. Nach einigen Tagen sucht man die Zeitung nochmals, um irgend etwas erneut nachzulesen. Dann muß man die Entdeckung machen, daß sie nicht mehr vorzulegen oder noch nicht wieder zurück ist. Solche kleinen Mißstimmungen lassen sich vermeiden, wenn jede Arbeiterfamilie ihre eigene „Volksstimme“ hält. Wer also hinsichtlich der Zeitung sein eigener Herr und von niemand abhängig sein will, der verläumt nicht, sich für seinen Haushalt ein eigenes Exemplar der „Volksstimme“ zum 1. Oktober zu bestellen. Die bürgerlichen Zeitungen hätten es schon längst verdient, aus den Wohnungen der Arbeiter verbannt zu werden. Jede kapitalistische Zeitung ist ein Feind des arbeitenden Volkes. Bei allen Wahlen, an denen sich die Arbeiterklasse beteiligt, wird in den Spalten der bürgerlichen Zeitungen lächerliche Schmähungen auf die aufwärtsstrebende Arbeiterklasse ausgegossen. Verantwortungen der Arbeiterschaft, Versammlungen usw. werden totgeschwiegen. Wenn unsere Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften geiprochen haben, wird höchstens geschrieben: der sozialdemokratische Abgeordnete X sprach zur Steuerbehörde, den Schatzmachern den bürgerlichen Abgeordneten werden dagegen Spalten gewidmet. Auch bei wirtschaftlichen Kämpfen findet man die bürgerlichen Zeitungen auf der Seite des Kapitals, da sie von ihm unterhalten werden. Alle fortschrittlichen Bestrebungen der untern Volkschichten werden im Interesse des Großkapitals bekämpft. Parteigenossen, der Anfang ist gemacht, halter zurück, bleibe keiner zurück! Je mehr mitarbeiten, je größer wird der Erfolg sein, desto weiter drängen wir den Feind der Arbeiterklasse zurück. Die „Volksstimme“ ist unsere geistige Waffe, diese zu schärfen, muß Sache jedes einzelnen Parteigenossen sein. Aus Wert!

Oschersleben, 24. September. (Eine Versammlung) findet am Donnerstag bei Klare statt. Die sich mit der Gründung einer Arbeiter-Samaritanerkolonne beschäftigen soll. (Siehe Inserat!)

Pömmelle, 24. September. (Erwischter Fahrraddieb.) Endlich ist es gelungen, einen Fahrradmarder abzufangen. Ein aus Berlin zugereister Arbeiter hatte auf heiliger Erde Arbeit genommen. Da er hier noch keine Feuer eingewohnt sind, verschwand er bald wieder. Die Fahrt auf Schusters Klappen mußte ihm wohl zu unheimlich gewesen sein, so benutzte er das dem Arbeiter Möwes von hier gehörige Rad. Der Eigentümer war aber damit nicht einverstanden, und erstattete Anzeige. Das Auge des Gesetzes fand den Dieb auch bald in Kirchorf bei Berlin, wo ihm das Rad in einem völlig veränderten Zustand abgenommen wurde. In einer stillen Klausur wird er nun Zeit haben, über die Vergänglichkeit alles Irdischen nachzudenken.

Quedlinburg, 24. September. (Hebung des Verkehrs.) Schon seit einer Reihe von Jahren wird die Beobachtung gemacht, daß ein großer Teil der Landkundschaft von hier fortgezogen wird nach andern, günstiger gelegenen Orten. Es sind dann mehrere Omnibuslinien nach den umliegenden Orten eingerichtet worden, aber diese erinnern zu sehr an die Postkutschen, in denen man hin und her gerüttelt wird, so daß es eine Omnibusfahrt alles andre, nur keine Unheimlichkeit ist. Es soll nun der Versuch gemacht werden, Omnibusverbindungen herzustellen, die erstens täglich öfter fahren und zweitens mehr Annehmlichkeit bieten als die Omnibusse. Eine im Rathaus abgehaltene Versammlung von Interessenten hat unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Bausi für diese für unsere Stadt äußerst wichtigen Frage Stellung genommen. Herr Oberbürgermeister Bausi führte aus, daß die Folgen einer verbesserten Eisenbahnpolitik sich heute mehr denn je bemerkbar machen. Durch die Anlage neuer Bahnen verliert Quedlinburg mehr und mehr an Landkundschaft. Quedlinburg hat nun schon manches Opfer zur Hebung der Stadt gebracht, indem es sich an der Bahn nach Ballenstedt, an der Germroder Harzbahn und an der Bahn nach Blankenburg beteiligt hat. Ebenfalls hat die Stadt die Omnibusverbindungen nach Hederleben, Noyen und Babenborn eingerichtet. Nach jahrelangen Mühen sei es auch teilweise gelungen, bessere Zugverbindungen zu bekommen. Die Stadt ist auch gern bereit, für die neuen Einrichtungen Opfer zu bringen, vorher wüßten jedoch auch die Interessenten sich zu Opfern bereit erklären. Nicht nur die Kaufmannschaft, sondern die ganze Bürgerschaft habe von einem guten Verkehr mit den Nachbarorten Vorteil. Herr Stadtdirektor Wadernann hatte eine Denkschrift ausgearbeitet, nach der auf folgende Einnahmen zu rechnen sei: Für Neklame 800 Mark, der Verein selbständiger Kaufleute 600 Mark, aus Beiträgen der verchiedenen Orte seien vielleicht 600 Mark zu erhoffen. Jedenfalls zahle auch die Post einen Zuschuß. Die Stadt beteiligt sich hoffentlich mit 5000 Mark d. h. 2000 Mark mehr als jetzt an den Omnibusverbindungen. Die interessierten Kreise hätten dann noch 1000 Mark aufzubringen. Gemünscht wird, daß sich auch Gastwirte, Kondiktoren, Metzger und Rechtsanwältel zu Opfern bereit erklären. Zur weiteren Verfolgung der Sache wurde ein Ausschuß gewählt.

Welfenlog ist gegen eine Verschleppung durch eine Kommission vielmehr im Interesse des Baugewerkes ein schnelle Beschlußfassung zu wünschen. Herr Doktor Berger weist darauf hin, daß die Sache nach gar nicht so weit ist, um von der Beilehung zu reden; der Verein hoffe sogar, die Baugelände von anderer Seite zu bekommen. Jedenfalls aber werden die andern Bürger im gegebenen Falle nicht schlechter gestellt werden als der Wohnungsverein. Der im Zubehörraum anwesende Vorsitzende des Wohnungsvereins äußert sich auf Wunsch des Hypothek (50 Prozent) von der Landesversicherungsanstalt in Merseburg erhalten, die zweite Hypothek von einer andern Behörde, die noch nicht genannt werden dürfe. Die Sache liegt augenblicklich dem Minister des Innern zur Entscheidung vor. Die dritten Hypotheken werde der Verein, wenn nicht der Grundstücksmieter sie übernehme, auf eigene Mittel übernehmen. Er habe jetzt 116 Mitglieder und 16 000 Mark Vermögen. Darauf wird der Verkauf von vorläufig 17 000 Quadratmetern zum Preise von 1 Mark pro Quadratmeter einstimmig beschlossen. In Verbindung damit wird auch die Legung eines Wasserrohres nach dem Baugelände ohne Diskussion beschlossen. Die Kosten zur Befestigung des ältern Teiles des Höhenbergs werden bewilligt. Den andern Teil hofft man mit der Zeit im fiskalischen Bergwerk unter die Erde bringen zu können. Dann wird nur noch ungefähr ein halber Morgen zum Ablagern von Holz und dergleichen nötig sein, weil alsdann die angesammelte Menge immer schnell in den Schacht kommt. Die vergrößerte Handelsschule soll aus den gegenwärtigen Räumen im sogenannten Schlafhaus auf dem Windmühlberg entfernt und in der ersten Etage des früher Geißchen Hauses in der Steinstraße untergebracht werden. Dazu wird eine Jahresmiete von 450 Mark bewilligt. Für die hiesige Reichsbankniederlassung wird fernere Steuerfreiheit und Zahlung eines Wirtschaftsausschusses bewilligt. Herr Erster Bürgermeister Dr. Berger regt an, der Reichsbank zur dauernden Niederlassung und Erbauung eines eignen Dienstgebäudes ein geeignetes Grundstück seitens der Stadt kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat wird ermächtigt, ein geeignetes Grundstück zu suchen und alsdann die Stadtdirektor-Veranstaltung eine Vorlage zu machen. Die städtische Schwimm- und Badaanstalt am Mühlgraben wird wieder auf 2 Jahre an Herrn Arnold verpachtet, aber unter Ermäßigung des Pachtzinses von 500 auf 350 Mark. Dabei spricht der Herr Erste Bürgermeister von der vor kurzem eröffneten Badaanstalt Sauerbrenn-Striftung. Er sagt, daß der Besuch ein sehr guter sei; in der ersten Woche habe die Einnahme 144 Mark betragen. Infolge des starken Andrangs an den beiden Sonnabenden habe sogar nicht genügend warmes Wasser beschafft werden können. Es liege da ein kleiner Konstruktionsfehler vor, dem schleunigst abgeholfen werden müßte. Dem Herrn Regierungsbaumeister Müller, der den Bau der Badaanstalt geleitet habe, gebühre der wärmste Dank der Stadt, den er hiermit ausspreche. Auch der Vorsitzende der Versammlung ließ sich zu einem Dank an Herrn Müller besonders autorisieren.

Sitzung der Stadtverordneten vom 23. September. Ueber eine Petition der hiesigen Installateure, in welcher verlangt wird, daß das hiesige Elektrizitätswerk die bestehende Installationsabteilung, verbunden mit Verkauf von Beleuchtungskörpern, Staubsaugern und ähnlichen Artikeln, zugunsten der hier ansässigen Installateure aufheben soll, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Eine zweite Petition betraf die Freigabe des sogenannten Warteparks in den Spiegelsbergen. Der Park wird als der schönste Teil der Spiegelsberge bezeichnet. Bis her durfte der Park nicht ohne Erlaubnis betreten werden. Der Freigabe wird zugestimmt. Eine Petition des Haus- und Grundbesitzervereins — Regelung der Müllabfuhr durch die Stadt — löste eine lebhafte Debatte aus. Stadtd. Hönemann ist für Annahme und beantragt, die Gebühren auf die allgemeine Abgabe zu legen. Stadtd. Dr. Höder: Der Gedanke, der dahin geht, die Kosten, die durch die Allgemeinheit entstehen, müssen auch von der Allgemeinheit getragen werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Mit dem Hausbesitz, der so schwer belastet ist, steht es ohnehin schon schlecht. Ich halte es gar nicht für so schwierig, die Kosten gerecht zu verteilen. Redner bittet, eine Kommission zu wählen, welche die nötigen Untersuchungen schafft. Stadtd. Tenn: Es soll mich nicht wundern, wenn die Hausbesitzer demüthigt verlangen, die Allgemeinheit soll nun auch noch das Schornsteinfegergeld bezahlen. Stadtd. Höttcher spricht im selben Sinne. Stadtd. Kötthe: Lassen wir doch den Hauswirt die Müllabfuhr mit seinen Mietern selbst regeln. In den meisten Fällen wird es schon jetzt der Fall sein. Stadtd. Müller: Die Kosten auf die Allgemeinheit zu übertragen, lehne ich ab. Es ist ein Unbildung, die Müllabfuhr ohne die Straßenreinigung in städtische Regie zu übernehmen. Die Straßenreinigung können wir aber der hohen Kosten wegen nicht übernehmen. Stadtd. Wulle: Die Hausbesitzer haben doch schon genug Privilegien. Die Hälfte der Sitze im Stadtparlament gehört ihnen. Etwas müssen sie doch auch tragen. Genosse Gerlach: Wenn die Hausbesitzer immer mehr verlangen, so tragen wir einen Teil Schuld daran. Auf ihren Wunsch wurde die Kanalgebühr, die Einkünfte der Allgemeinheit aufgebürdet; warum sollten sie nicht mehr verlangen? Die Belastung der Hausbesitzer durch die Müllabfuhr kann nicht so schlimm sein. Ich kann eine ganze Anzahl von Fällen anführen, in denen die Hauswirte nicht nur einen Teil der Kosten auf die Mieter abgeben, sondern alles und noch darüber hinaus. Diejenigen Hausbesitzer, welche wirklich belastet sind, das sind die Kleinsten. Diese können die Lasten nicht auf den Mieter abwälzen, weil sie dann Gefahr laufen, daß ihre alten Gebäude leer stehen. Die Straßenreinigung durch die Stadt läßt sich schon durchführen. Die Stadt würde dadurch an Ansehen gewinnen. Stadtd. Fromme wendet sich gegen die Petition; Stadtdirektor Knackstedt spricht in demselben Sinne. Der Antrag Hönemanns wird abgelehnt, mit ihm die Petition. Die dritte Petition, ebenfalls vom Haus- und Grundbesitzerverein, erstucht um Errichtung eines städtischen Hypothekenamts für zweite Hypotheken. Auch diese Petition findet nicht die gewünschte Mehrheit. Ueber die Reduzierung der Rindsteuer durch die Kommision berichtet Stadtd. Wulle. Die Komission habe sich entschlossen, innerhalb des Steuerjahres die Steuer nicht herabzusetzen. Die Höhe der Steuer wurde abschließend so hoch gestellt, um der damaligen Grundbesitzer zu helfen. Dem Antrag der Komission wird zugestimmt. Ueber den Beitritt zur Halberstädter Bau- und Spargenossenschaft berichtet Stadtd. Doll. Der Magistrat schlägt vor, je ein Mitglied der Stadtdirektoren und des Magistrats zu wählen, welche der Genossenschaft beitreten sollen. Vorgelegter wird Stadtd. Reinold. Stadtd. Deese n wendet sich gegen den Vorschlag, weil Herr Reinold einer der größten Gegner der Genossenschaft sei. Stadtd. Reinold wird gewählt. Ueber die Aufstellung eines Bergwerksamts zur Vergebung von städtischen Geländes in Erbbaurecht berichtet Stadtd. Krüger. Genosse Dr. Erzbach: Wir haben als Stadtdirektoren die Verantwortung, daß alles, was nicht im Interesse der Stadt liegt, abgelehnt wird. Wenn die Kommision dazu übergegangen sind, das Erbbaurecht einzuführen, so soll das sozialpolitischen Gründen entgegen. Sie wissen ja alle, daß die Stadt schon lange Gelandes in Erbbaurecht besitzt, aber in andern Sinne als es hier geschehen soll. Wir erreichen mit dem Erbbaurecht gar nichts. Wenn die Stadt heute ein neues Stadtdirektorium ausmacht, so wird in der ganzen Umgebung der Grund und Boden im Preise steigen. Es werden Leute mit Kapital Hoppel auf Erbbaurecht erwerben und zu Spekulationszwecken benutzen. Um diesen entgegenzusetzen ist es notwendig, daß das in Erbbaurecht erworbenes Grundstück immer Eigentum der Stadt bleibt. Damit verfolgt man sozialpolitische Zwecke, um die es sich, nach meiner Meinung, bei solcher Frage drehen soll. Bürgermeister Weisendorfer: Daß die Vorlage nicht solche sozialpolitische Tendenzen verfolgt, die Herr Dr. Erzbach wünschig, glaube ich. Dann wir Urtheile geben, zu glauben, daß die Vorlage unte Stadt schädigen würde, müßten wir sie bekämpfen. Wenn icher ein rger Gehör vom Erbbaurecht gemacht wird, muß das einen günstigen Einfluß auf den Hypothekenmarkt haben. Stadtd. Reinold: Wenn der vorliegende Antrag angenommen wird, können Sie den Kapitalgebern der und der Stadt. Deese n: Das Erbbaurecht hat wohl auch seine Schwächen, aber es ist dabei noch etwas zu gewinnen. Es muß für die Steuern und Leste mit neuen Gehalt gelangt werden. Stadtd. Krüger: Es ist nicht richtig, daß wir die Hauptlage zu niedrigeren Preisen hergeben, als wir veranschlagen. Wenn wir für einen wichen Bausatz 5000 Mark bezahlen, so nehmen wir 1000 Mark wieder. Genosse Dr. Erzbach: Ein Erbbaurecht in einer Stadt einzuführen, wie es jetzt von vorliegenden Seiten vorgeschlagen wird, ist ein Ding, das sich nicht lohnt. Es wird gezeigt, wie Grund und Boden gegenüber dem Erbbaurecht. Ich verache das nicht. Wenn Sie 10 Jahre das Kapital festlegen, gewinnen einige Kapitalisten, soll dann wenn sich nach einigen Jahren der Zinsfuß höher stellt, als die Stadt von dem Erbbaurecht erhält, einem Erbbauherrn das Geld mit 4 Prozent 10 Jahre überlassen werden? Ist das wirklich sozialpolitisch? Sie fragen: Wie man am so etwas allein für Arbeiter bezahlen kann, nicht aber auch für Beamte? Deshalb ist mir vor 3 Jahren gesagt worden, als der knackstische Vork zum Verkauf fand. Wenn Sie etwas zu wollen, müßten Sie erst für kleine Leute sorgen. Wenn das nicht geschieht, wird die Industrie gefährdet. Wo sollen die kleinen Leute alle hin, wenn für diese keine Wohnungen geschaffen werden? Bürgermeister Weisendorfer: Wenn man nach dem sozialwissenschaftlichen Programm gehen will, dann ist es richtig, was Herr Dr. Erzbach vorschlägt. Aber wir wollen es anders

Stettin, 24. September. (Stadtdirektor) Die nördliche Zug der Kosmarinstraße wird zur Waperrstraße geschlagen und erhält demzufolge, wie auch die Waperrstraße, andre Hausnummern. Wir haben schon mehrfach den hiesigen Uebelstand der falschen Bezeichnung dieses Theiles der Kosmarinstraße kritisiert. Zur Herstellung des Pflasters der Bergstraße im Stettin-Neopoldshall werden die Kosten bewilligt. Der Bergstraße gibt 700 Mark dazu. Dem Allgemeinen Eisenbahnerverein Stettin-Neopoldshall wird nachweise Areal zu Gärten zwischen dem Sportplatz und dem Friedhof überlassen. Man hofft, dort einen angenehmen Promenadenweg nach dem Kirchhof herstellen zu können. Zur Ausarbeitung eines Projekt für die Vollkalkulation der Stadt werden 7000 Mark bewilligt. Der vorgelegte Entwurf eines Kaufvertrags zwischen der Stadt und dem Wohnungsverein Stettin-Neopoldshall über das Areal, das die Stadt zu diesem Zwecke von der Bezirks-Gemeinde erworben hat, gibt zu einigen Erörterungen Anlaß. Besonders fragt Herr Daniel, wie es mit den Geldern steht, die die Stadt beschlagnahmt dem Verein auf zweite Hypotheken zu geben und es auch andre Bürger ebenso Geld auf zweite Hypothek erhalten werden. Auch Genosse Weisendorfer vermißt noch die nötige Information hierüber. Beide erklären sich im Prinzip mit der Umverteilung des Wohnungsvereins und mit der Heberhebung des Areals an ihm einverstanden. Herr Behne wünschig eine Commission zur Vorbereitung. Dem widerspricht der Herr Erste Bürgermeister Dr. Berger. Das würde eine Verzögerung bedeuten und die Interessenten warten auf Antwort, um baldigst mit dem Verein beginnen zu können. Auch Genosse

Stendal, 24. September. (Eine öffentliche Frauenversammlung.) findet am Sonnabend bei Groß, Elisabethstraße, statt. Frau Minna Reichard spricht über das Thema „Der Frauenkampf gegen Arth und Rechtlosigkeit“. Genossinnen und Genossen, erscheint zahlreich in dieser hochwichtigen Versammlung!

Zudheim, 24. September. (Keine Freunde des Fortschritts) scheinen einige sehr einflussreiche Herrn hier zu sein. Der sehr notwendige und nützliche Bahnbau scheint wieder eingeleitet oder wenigstens auf unbestimmte Zeit vertagt zu sein. Das letzte Drittel der Bautkosten fehlt noch. Wenn der Einbruch von den Herren im Drie nicht gemacht worden wäre, würde wahrscheinlich mit dem Bau schon im vorigen Jahre begonnen worden sein. Durch die Verzögerung haben die Orte, welche die Kleinbahn berühren soll, große wirtschaftliche Verluste. Diese Herren haben aber offenbar wenig Sinn für Allgemeininteressen und bleiben in ihrer Rückwärtigkeit fest.

Briefkasten.

Neuhaldensleben. Ein halbes Duzend Funktionäre kann man doch auch anders unterrichten als durch die Zeitung, die für über 30 000 Leser erscheint.

Oschersleben und andre. Es macht uns großes Vergnügen, für Ihre ungenügend frankierten Briefe Strafpunkte bezahlt zu dürfen. Wir bebauern nur, daß es immer nur 20 Pfg. kostet; hoffentlich werden nun bald die Briefe überhaupt nicht mehr frankiert, dann ist es uns wenigstens vergönnt, 40 Pfg. für jeden Fall zu opfern.

PUCK CIGARETTES

GLOR. A. JASMATZLAG DR. SOEM

DIE NEUE 3 PFENNIG QUALITÄTS CIGARETTE

mit Goldmundst mitHohlmundst flach

Stettin, 24. September. (Stadtdirektor) Die nördliche Zug der Kosmarinstraße wird zur Waperrstraße geschlagen und erhält demzufolge, wie auch die Waperrstraße, andre Hausnummern. Wir haben schon mehrfach den hiesigen Uebelstand der falschen Bezeichnung dieses Theiles der Kosmarinstraße kritisiert. Zur Herstellung des Pflasters der Bergstraße im Stettin-Neopoldshall werden die Kosten bewilligt. Der Bergstraße gibt 700 Mark dazu. Dem Allgemeinen Eisenbahnerverein Stettin-Neopoldshall wird nachweise Areal zu Gärten zwischen dem Sportplatz und dem Friedhof überlassen. Man hofft, dort einen angenehmen Promenadenweg nach dem Kirchhof herstellen zu können. Zur Ausarbeitung eines Projekt für die Vollkalkulation der Stadt werden 7000 Mark bewilligt. Der vorgelegte Entwurf eines Kaufvertrags zwischen der Stadt und dem Wohnungsverein Stettin-Neopoldshall über das Areal, das die Stadt zu diesem Zwecke von der Bezirks-Gemeinde erworben hat, gibt zu einigen Erörterungen Anlaß. Besonders fragt Herr Daniel, wie es mit den Geldern steht, die die Stadt beschlagnahmt dem Verein auf zweite Hypotheken zu geben und es auch andre Bürger ebenso Geld auf zweite Hypothek erhalten werden. Auch Genosse Weisendorfer vermißt noch die nötige Information hierüber. Beide erklären sich im Prinzip mit der Umverteilung des Wohnungsvereins und mit der Heberhebung des Areals an ihm einverstanden. Herr Behne wünschig eine Commission zur Vorbereitung. Dem widerspricht der Herr Erste Bürgermeister Dr. Berger. Das würde eine Verzögerung bedeuten und die Interessenten warten auf Antwort, um baldigst mit dem Verein beginnen zu können. Auch Genosse

Der Weg des Golfstroms. Das nordnordwestliche Spitznord für Meeresschwämme hat im vergangenen Sommer unter der Leitung des Dr. Selland-Panzen mit dem für Meeresschwämme gebauten Motorboot "Armaner-Hansen" eine Untersuchung im Atlantischen Ozean unternommen, die u. a. auch den Zweck hatte, die neue Golfstromtheorie des Prof. Dr. Knipovich zu prüfen. In der Hauptsache handelte es sich um die Frage, ob der Golfstrom von Nordamerika aus, wie Knipovich behauptet, oder ob er von dem Nordatlantischen Ozean herkommt, wie die ältere Theorie behauptet. Es war die Absicht, den Golfstrom außerhalb Westindiens zu untersuchen und nachher zu prüfen, ob dieser Strom von Amerika aus, wie Knipovich behauptet, oder ob er von dem Nordatlantischen Ozean herkommt, wie die ältere Theorie behauptet. Die Untersuchung wurde von dem Nordatlantischen Ozean her durchgeführt, und es wurde festgestellt, dass der Golfstrom von Nordamerika aus fließt.

Zuge betreffen, um eine milde Gärung zu fördern. Was kann über die ganze Strecke bis Potsdam für die Gärung des Bieres in erfrischender Weise, und das ist die Frage, die sich hier stellt, und es erachtet sich der uneingeschränkten Verwendung dieser Macht, die eine neue Art der Kultur einleitet.

Zwiesel.

Neue Briefkasten. Auch ein Zeichen für unser Zeitalter des Fortschritts ist, daß man in Berlin anfängt, die Formen des Briefkastens zu verändern, weil diese Geräte zu klein geworden sind. Wir waren an unsere schönen blauen Briefkasten, die so erwartungsvoll an allen Straßenecken und Häusern stehen, gewöhnt, wir vertrauten ihnen täglich unsere Kummernisse und unsere Freuden an und waren sicher, daß sie die Post dahin beförderte, wohin wir wollten. Aber eben diese Post fand schließlich heraus, daß besonders in bestimmten Abteilungen manche dieser Briefkasten so überfüllt waren, daß Verwirrung in der Abfertigung der Korrespondenzen zu befürchten war. Leute, die im Ausland gelebt hatten, konnten diese Beobachtung, daß die Briefkasten zu klein seien, schon längere Zeit machen, denn tatsächlich stellen die deutschen Briefkasten im Vergleich mit den fremden einen kleinen Apparat dar. So hat man denn jetzt in Berlin einige Briefkasten aufgestellt, die eine längliche blaue Säule vorstellen, und die einen ganz andern Raum bieten als ihre Vorgänger. Die Briefe fallen gleich in einen darin befindlichen Briefbeutel, den der Postbote nur herauszunehmen braucht, anstatt ihn, wie früher, erst darunter zu halten. Bei dieser Gelegenheit mag vielleicht bemerkt werden, daß Deutschland das briefkastenreichste Land der Welt ist. Nach Angaben, die ein Post-Inspektor macht, hatten wir im Anfang dieses Jahres insgesamt 150 700 Briefkasten zur Verfügung des Publikums, dann kommen erst die für die größeren Vereinten Staaten mit 144 640, darauf in weitem Abstand England und Frankreich, letzteres mit 71 900 Briefkasten, letzteres mit 79 274.

Humor in der Politik. Unter der Spitzmarke "Wenn unsere Staatsmänner guten Laune sind" erzählt eine New Yorker Zeitung eine Anzahl Anekdoten, von denen einige hier wiedergegeben seien: Der Senator Hohe Smith von Georgia erklärte kürzlich im Kongress, daß es kaum eine Sache gäbe, die mehr Mütterlichkeit besäße als die Schwärze. "Mein Herr Senator", erwiderte er, "geriet mit einem gefährlichen Buchen in Streit, und der Buche griff kurzerhand nach dem Mäkel und begann auf Sam zu feuern. Der Herr nahm Reißaus und rannte wie besessen davon. Als ich ihn dann fragte, ob er die Frucht habe pfeifen hören, meinte er: "Ja, Herr, ich habe sie sogar zweimal gehört." "Wie ist denn das möglich, Sam?" "Das ist ganz leicht möglich: Ich hörte sie, als sie an mir vorbeiflogen, und dann hörte ich sie, als ich an ihnen vorbeiflog."

Die erste preussische Eisenbahn Berlin-Bestensee. Am 22. September waren 3 Vierteljahrhundert verfloßen, seit die erste preussische Eisenbahn, und zwar die Potsdamer Straße, zunächst nur zwischen Berlin und Bestensee, eröffnet wurde. Am 29. Oktober wurde dann die ganze Linie Berlin-Potsdam feierlich dem Verkehr übergeben, und sie war mit ihren 26 Stationen die größte bis dahin auf deutschem Boden erbaute Bahn. Obwohl schon 1835 die erste Dampfmaschine zwischen Pirmasens und Rülzich den Boden des Deutschen Reiches besaßen, konnte man sich in Preußen nur schwer zu dem "neuen Kunstzeug" entschließen. Viele, viele Gründe, Gefühle und Deputationen gingen von den wenigen Industriellen aus, die den Wert der Eisenbahn für den Handel erkannten hatten. Als eines Tages der Oberbürgermeister von Potsdam an der Spitze einer solchen Deputation bei dem Oberpräsidenten von Brandenburg erschien, um die Genehmigung des Eisenbahnprojekts Berlin-Potsdam durchzusetzen, folgte ihm nach der offiziellen Audienz der Oberpräsident mit folgenden Worten: "Was macht Ihr Projekt?" "Nun legen Sie einmal den Oberbürgermeister Besse, so wie ich den Oberpräsidenten ablege, und dann sagen Sie mir als Mann zu Mann: glauben Sie wirklich und wahrhaftig, daß diese Eisenbahn den Verkehr zwischen Berlin und Potsdam fördern wird?" "Die Anschaffungen des preussischen Beamten-Turns gingen von den allerhöchsten Stellen aus. Trotzdem wurde das große Werk durchgeführt, und es war ein Freudenfest für die Berliner, als sie zum erstenmal mit dem Freudenfest für die Potsdamer. Freilich zufrieden war man mit dem Dampfmaschinen-Tagen richtung nicht sehr. Den einen ging es zu schnell, den anderen zu langsam. Bedeutende, vorzügliche Bürger schickten absehend den Kopf und gelobten nie mit der Dampfmaschine zu fahren. Sogar der Seele Seligkeit sollte empfindlich unter solchem Lärm sein. Der Pfarrer Schuler hielt nach dem Bericht Hermann Marquards im "Sammler" eine kammerrade Predigt gegen die "Erfindung des Teufels", er malte der Gemeinde in großen Worten den Vorwurf und die Vermeidung aus. Die in solchen Reden den Vorwurf ließe all seine Schwärze inskünftig an, "ich ja von dem höchsten Brachen, dem Dampfmaschinen, um ihrer Seligkeit willen fernzulassen". Unde wieder waren höchlich darüber enttäuscht, wie langsam es ging. So wandte sich bald nach der Eröffnung der Eisenbahn irgendein boshafter Späßvogel mit der ironischen Witz an die Behörden, man möge doch dafür Sorge tragen, daß die Fahrgäste nicht zu sehr durch das Getöse in der Gegend lärmten, besonders daß nicht die Schwärze mit Getöse hinter dem

Humor und Satire.

Die Liebeserklärung des Rentiers. "Meine angebetete Zuhilte, mein Leben war eine Wüste, bevor ich Sie kennen lernte. . . .", "Ah, so, also darum hatten Sie immer so viel Durst." Der Präses. "Ah, also für dieses Bild hat Ihr Herr Vater 100 000 Grant erachtet? Ich vermute, er wollte damit zeigen, wie viel ihm die Kunst gilt." "Nein, mein Herr, er wollte vielmehr zeigen, wie wenig ihm 100 000 Grant gelten." Am Heberfisch. "Gnädiger Herr, es ist ein Mann draußen, der eine Rechnung bringt." "Sagen Sie, die können wir nicht brauchen, davon haben wir genug." Der Arzt und Verlag W. Pfannkuch u. Co., verantwortlicher Redakteur Emil Müller, sämtlich in Potsdam.

Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 225 Magdeburg, Donnerstag den 25. September 1913

Das stille Nest.

Ein Tröler Roman von Rudolf Grein. (30. Fortsetzung.)

Lauter Lies war die Veränderung in dem Wesen Hans Erlanders nicht entgangen. Sie beobachtete ihn scharf und merkte, daß er sie zu meiden begann. Die alte Dame bemerkte aber auch, daß sich die Laune von Hans regelmäßig besserte, wenn es Abend wurde. Lauter Lies konstatierte innerlich befriedigt, daß der junge Mann doch noch kein Heuschüler geworden war. Sonst hätte er jedenfalls eine gesündlichere Nase aufgesetzt. Und trotzdem . . . etwas war nicht richtig. Sollte am Ende seine alte Liebe für Hanni wieder erwacht sein? Wollte er jetzt, da er so nahe am Ziele stand, die Fahnenflucht ergreifen? Die alte Frau suchte rasch entschlossen Hans in seinem Zimmer auf. Hans erwiderte, als er Lauter Lies plötzlich bei sich sah, daß er bot ihr einen Platz auf dem Sofa an. Die alte Dame steuerte frisch auf ihr Ziel los. "Kannst Du Dich erinnern, Hans, daß ich Dir damals, ehe Du ins Seminar gingst, ein Versprechen geben mußte?" fragte sie und sah ihn sofort an. "Ja, Lauter Lies." "Was war das?" fragte sie. "Du sollst mich warnen, wenn ich in Gefahr wäre, meinen Charakter zu verlieren." "Richtig." Lauter Lies machte eine kleine Pause und sah Hans durchdringend an. "Ich warne Dich jetzt!" sagte sie dann kurz mit ihrer harten Stimme. "Lauter!" "Ja. Ich warne Dich jetzt! Es geht etwas vor mit Dir. Was es ist, weiß ich nicht. Kann mir's aber denken. Die Hanni ist wieder da . . ."

"Und da ist Deine alte Liebe zu ihr wieder aufs neue er wacht. Aber hüte Dich, Hans!" Die alte Frau erhob vornehm den Finger. "Du trägst jetzt das geistliche Kleid. Und das hast Du in Euren zu tragen! Versteht Du mich?" "Ja, Lauter." "Du hast freiwillig diesen Stand erwählt. Meint es Dich vielleicht jetzt?" fragte sie scharf. "Nein, Lauter, es reut mich nicht!" erwiderte der junge Rheologe fest. "Nicht? Was ist dann los mit Dir? Bin ich vielleicht schon zu spät daran mit meiner Warnung?" "Wie meinst Du das?" "Du verstehst mich ganz gut. Stelle Dich nicht so! Bist Du Dir und Hanni nicht was vorgefallen?" "Nein, Lauter Lies!" "So? Nicht? Mitbrannt hast Du die alte Frau an. Ich habe es Dir ja zum Voraus gesagt, daß meine Warnung nichts nützen wird!" sprach sie dann. Hans schien es, als habe ihre Stimme einen traurigen Klang. "Du

hast Dich doch vergessen, Hans. Du hast Deiner Leidenschaft nachgegeben, ohne zu bedenken, was Du Deinem Stande schuldig bist!" "Lauter Lies, Du siehst Gespenster!" beriefte der junge Rheologe zu lachen. "Sach nur über mich!" sagte die alte Frau mit einem bitterbösen Gesicht. "Mich führt Du dadurch nicht irre. Ich kenne Euch. Bei Georg war es . . . ach was!" unterbroch sie sich selbst. "Das gehört nicht herüber! Es ist das System, das Euch verdirbt! Da gehst Du hin und verführst ein Mädel . . ." "Lauter Lies, ich habe Hanni nicht verführt!" sprach Hans Erlander fest. "Das ist gleichgültig. Aber Du läßt Dich damit ein und machst Streiche. Und warum machst Du Streiche? Weil Du ein Mensch bist mit Fleisch und Blut wie andere! Und dann wirst Du herumgehen und den andern predigen von der Gnade Gottes, die Euch Priester vor allen Menschen tungen bewahrt! Hal! Hal! Hal!" Die alte Frau lachte fast grell. "Anfänglich! Und Du unterlegst schon der ersten Verführung . . . viel eher verführst als ein anderer Mensch!" "Aber Lauter Lies, ich begreife gar nicht, wie Du dazu kommst, mit . . ." "Begreif Du, was Du willst! Von mir aus! Aber ich sage Dir, Du hast ein großes Unrecht auf dem Gewissen! Eine Sünde! Eine schwere Sünde!" "Seit wann wirst Du denn auf einmal religiös, Lauter?" "Spotte nur! Ich rede nicht zu Dir von Deinem religiösen Standpunkt aus. Den versteh ich nicht. Ich rede zu Dir vom Standpunkt meines eignen ständigen Empfindens. Wenn Du das Weib in Deinem Leben brauchst, so heulte nicht, sondern bekenne es offen, daß Du es brauchst! Das Weib soll kein heimliches Genugmittel sein, das Ihr Euch auf Schleichwegen verschafft, um Euch dann darob zu schämen und es vor den Menschen zu verleugnen! Das Weib ist ein Ebenbild Gottes wie Ihr! Und wer an dem Weibe frevelt, der frevelt an Gott! Versteht Du mich? Das ist es ja, was mich viele Deiner Standesgenossen mißgibt. Vor der Welt seid Ihr die Diener und Stellvertreter Gottes auf Erden. Und im Geheimen verdingt Ihr Euch an Gottes Geschöpf, am Weibe! Denn Du ohne Weib nicht leben kannst, dann schließest Du einen ehelichen Bund mit ihm! Dann mußt Du allerdings Deine Sünde ausgeben! Es ist traurig, daß ich alle Frauen mit meinen weißen Haaren Dir das noch sagen muß! Aber mit dem Bewußtsein, daß er die Pflichten seines Standes nicht erfüllen kann, Priester wird, beschwerlich vor der Welt! auf das Weib verzichtet, um sich gehem doch mit ihm eingulassen, der handelt unglücklich schmutzig! Der ist in meinen Augen ein Schuft!"

Lauter Lies war aufgestanden. Ihre hohe Gestalt war noch immer ungebeugt. Wie eine Antilope für ihr ganzes Geschlecht stand sie vor dem jungen Theologen. "Sei nicht hart, Lauter Lies!" bat Hans und sah sie traurig an. "Wie kannst Du, die sonst so gerechte Frau,

ein Mittel fällen, ohne den schuldigen Zeit gehört zu haben? ... Du bist also doch schuldig!

„So, ich bin schuldig. Aber berrale mich nicht! ...“

„Rante Ries, ich es dem wirklich auch in Deinen Augen ...“

„Ich kann doch nicht meine ganze Aufmerksamkeit auf ...“

„Die alte Frau raffte sorgfältig ihre bunten schweben ...“

„Sein Wort über den Vorfall wurde mehr amüßigen ...“

„Ganni war abgereist. Die Abendgesellschaft beim Rambl ...“

„Ein großer Abschiedsabend wurde noch gefeiert. Die ...“

„Zum Schluß erhob sich der Herr Gerichtspräsident ...“

„Gangs sagte kein Wort. Er hatte nur leicht die ...“

„Die Tage des sturmhafte Gans' Erledigens in ...“

„Es war Gerstl geworden. Der Donkaban trat zu ...“

„Gottgebung folgt.“

„Gottgebung folgt.“

„Gottgebung folgt.“

Ror einer Stunde hatte die „Munition“ ihre Wirtin auf ...

„Paul hat, der erste Offizier, den nichts aus seiner ...“

„So ein Schick! sprach sie lebhaft ...“

„Stiller Probant!“ rief der Offizier ...

„Ganni!“ rief er ...

„Die kleine Grundstücke hieß ab und nahm das ...“

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

Der rechte Mannmann den Geibel herum, der hatte ...

„Optische Telegraphie!“ rief Dr. ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

Zu am blauen Garten. Antonias arme ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

„Ganni!“ rief er ...

Gedächtnis und Schrift.

Die Erinnerungswörter auf der ...